GROSS-BERLIN

PREIS 10 PF.

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke" erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung. Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a. Fernruf: F 7 Jannowitz 5909. Postscheckkonto Berlin Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 259 B | BERLIN • Donnerstag, den 3. November 1932 | 1. JAHRGANG

Nationalistische Klötze und proletarische Keile.

Wirtschaftsnot und Nationalistenhetze.

Vom Konflikt zwischen Polen und Danzig.

Zur Zeit ist in der deutschen Rechtspresse wieder Hochkonjunktur in antipolnischen Meldungen. Nachrichten über polnische Maßnahmen in Danzig, alle darauf abgestellt, die Vorstellung von der „polnischen Gefahr" der deutschen öffentlichen Meinung einzuhämmern, häufen sich und boykottieren schon von vornherein die bevorstehenden Völkerbunds-Verhandlungen zur Schlichtung der wirtschaftlichen Streitfragen zwischen Polen und Danzig.

Um diesem Geist der Verhetzung entgegenzutreten und zu zeigen, welche Vorsicht der nationalistischen Berichterstattung gegenüber geboten ist, stellen wir im folgenden zwei Berichte über die gleichen polnischen Maßnahmen einander gegenüber. Der erste stammt von der Hugenbergschen Telegraphen-Union, den zweiten hat uns ein Danziger Ge[illegible]

•

Vor einigen Tagen meldete die Telegraphen-Union:

„Von amtlichen polnischen Stellen wird in aller Stille eine rege Wühlarbeit entfaltet, die die besondere Aufmerksamkeit der Danziger Regierung und der kaufmännischen Kreise Danzigs notwendig macht. Es soll in Danzig eine Danzig-polnische Handelskammer gegründet werden, die eine Spaltung in der Danziger Kaufmannschaft herbeiführen und einen Keil zwischen Kaufmannschaft und Regierung treiben soll. Durch wirtschaftliche Druckmaßnahmen einerseits und durch Gewährung gewisser Erleichterungen bei den wirtschaftlichen Kampfmaßnahmen Polens gegen Danzig andererseits soll der Teil der Danziger Kaufmannschaft, der auf den Handel nach Polen angewiesen ist, in diese Organisation hineingetrieben werden. Polen will sich so ein gefügiges Instrument für die Erreichung seiner Ziele schaffen.

Das Warschauer Finanzministerium hat eine Verordnung herausgegeben, die für die Danziger Wirtschaft von außerordentlicher Bedeutung ist und Polen die Möglichkeit geben soll, das gesamte Danziger Wirtschaftsleben unter polnische Kontrolle zu stellen. . . . In der Verordnung heißt es, daß Danziger Firmen, die sich restlos der Kontrolle durch die polnischen Zollinspektoren in Danzig unterworfen haben, durch Vermittlung dieser polnischen Zollinspektoren um Nichtanwendung von Geldstrafen beim Warenverkehr nach Polen und um Freigabe von auf polnischem Gebiet festgehaltenen Waren ersuchen können. Ebenso werden den polnischen Kunden solcher Firmen die Waren freigegeben, wenn sie nachweisen können, daß ihr Lieferant in Danzig sich unter die Kontrolle der polnischen Zollinspektoren gestellt hat. . . .

Mit anderen Worten: Polen will durch wirtschaftliche Maßnahmen für seine Zollinspektoren in Danzig, denen eigentlich vertraglich nur die Möglichkeit einer Einsichtnahme in den Danziger Zollverwaltungsbetrieb zusteht, eine Machterweiterung erpressen, die weit über den Rahmen aller Verträge hinausgeht und auch dem Sinn dieser Verträge zuwiderläuft."

•

Im Interesse einer objektiven Berichterstattung baten wir einen Danziger Mitarbeiter, zu diesen Behauptungen Stellung zu nehmen. Er schreibt uns daraufhin:

1.

„Der Freistaat Danzig gehört zum polnischen Zollgebiet. Er hat eine eigene Zollverwaltung, die der Kontrolle durch das polnische Finanzministerium in Warschau untersteht. — Danzig hat seit seiner Abtrennung vom Reich Einfuhrkontingente für deutsche Waren bekommen, deren Einfuhr nach Polen verboten ist und die nur für den Danziger Markt bestimmt sind.

Seit Jahren werden deutsche Rohstoffe nach Danzig exportiert, hier verarbeitet und als Fertigwaren nach Polen verkauft. Nach polnischer Auffassung liegt in diesem Verfahren eine Umgehung des Einfuhrverbots (für deutsche Waren über die polnische Landesgrenze) vor. Daß Polen erst heute dahintergekommen ist, erklärt sich wohl aus seinem gereizten Verhältnis zu Danzig.

Mit den Einfuhrkontingenten ist, wie ich von einem meiner Gewährsmänner erfahren habe, grober Mißbrauch getrieben worden. Hierfür ein Beispiel: Eine Danziger Firma bezieht aus Deutschland Fertigwaren, etikettiert sie mit einer hiesigen Firmenmarke und verkauft sie als in Danzig hergestellte Ware weiter an ihre Kunden in Polen. Dagegen setzt sich Polen nun zur Wehr. Es will das Loch an seiner Westgrenze zustopfen.

2.

Die hiesigen Firmen, die nach Polen liefern, werden von polnischen Zollinspektoren aufgesucht, die speziell auf Grund der Einkaufsbücher und Rechnungen das Ursprungsland der eingekauften Rohstoffe festzustellen haben. Diese Revision erhält oft den Charakter der Schikane. Zum mindesten wird sie vielfach als solche von den Geschäftsinhabern empfunden. Die Firmen, die Rohstoffe aus Deutschland beziehen, erhalten

W—er. Wir berichteten bereits über die scharfen Angriffe, die der bayerische Ministerpräsident Held gegen die Reichsregierung, vor allem gegen die entwürdigende Behandlung des Landes Preußen durch das Reich gerichtet hat. Es ist selbstverständlich, daß die bayerische Regierung fürchtet, durch eine ähnliche Behandlungsweise wie die gegen die preußische Regierung angewandte beseitigt zu werden, wenn sie es riskieren sollte, ernsthaft gegen den Herrenreiter der Papen-Regierung vorzugehen. Es spricht nur für den politischen Instinkt des bayerischen Ministerpräsidenten, rechtzeitig, d. h. solange er im Amt ist, seine Stimme zu erheben gegen die drohende Vergewaltigung aller Rechte und Interessen außer der der stumpfsinnigsten Junker und Soldaten. Es ist bezeichnend für den Ernst der heutigen Lage, daß Sozialisten sich über das schneidige Vorgehen einer Regierung freuen können, die, wie die bayerische, gewiß alles andere ist als eine Regierung der Freiheit und reinen Gerechtigkeit. Aber wir betonen hier, daß uns der Horizont der bayerischen Regierung ungleich weiter erscheint als der der reichsregierlichen Generalfeldmarschälle, Generäle, Barone und Herrenreiter.

Die deutsche Reichsregierung ist mit ihren Taten auf dem besten Wege, alle halbswegs vernünftigen Menschen zur Auswanderung wenigstens aus Preußen zu veranlassen — wenn diese nicht ein völlig anderes Verfahren gegenüber der Reichsregierung vorziehen. Ein solches Verfahren haben wir häufig vorgeschlagen:

Die vereinigte (!) Arbeiterschaft könnte und sollte die Reste der Feudalherrschaft, die in Preußen nur dem Namen nach abgeschafft worden ist, beseitigen und einige der letzten Junker und Generäle im Panoptikum aufheben zur Warnung für alle Zeiten vor diesen beiden die Menschheit ruinierenden Ständen.

Den Grundsatz: Auf einen groben Klotz gehört ein grober Keil hat jetzt auch plötzlich die „Berliner Börsen-Zeitung" entdeckt, deren Horizont sich übrigens völlig mit dem der Reichsregierung deckt. Sie verlangt von der Reichsregierung eine scharfe Zurückweisung der Heldschen Angriffe, sie mißbilligt die „unverständliche Zurückhaltung" der Reichsregierung und ruft dieser zu: „Auf einen groben Klotz gehört ein grober Keil!" Wir sind diesmal mit den Herren von der „BBZ" völlig einverstanden; deshalb gerade meinen wir, daß das, was der Ministerpräsident Held tut, den Anforderungen der Börsen-Zeitungs-Kampfregeln völlig entspricht. Er hat auf die groben Klötze der Reichsregierung einen groben Keil gesetzt, und er hat die Handlungsweise der Reichsregierung einwandfrei und treffend charakterisiert. Daß sich diese Charakterisierung so grob anhörte, lag daran, daß die ihr zu Grunde liegende Handlungsweise eine grobe war. Es handelt sich bei der Kritik der Reichsregierung um dieselbe Frage, wie bei einer Kritik der „Berliner Börsen-Zeitung": selbst ein maßvoller Mensch kann dieses Blatt nicht anders bezeichnen als mit einem unparlamentarischen Wort.

Es ist die Schuld der Herren Braun und Severing, daß sie nicht wenigstens so viel Courage aufbringen wie die bayerischen Ministerkollegen. Die Art, wie die preußischen Minister bei Hindenburg und Papen Besuche machen, während gleichzeitig ihre totale Brüskierung seitens eben dieser Regierung durch die Rotationsmaschine läuft, die Art, wie sie auf diesen groben Klotz nach wie vor mit einer Friedenspalme wedeln, statt darauf den groben Keil, etwa in der Art Helds, zu setzen, ganz zu schweigen von der viel wirksameren Art einer Millionenkundgebung durch die Arbeiterschaft — diese Art grenzt geradezu an völligen Verrat aller Prinzipien, die von Braun und Severing und ihrer Partei jemals aufgestellt worden sind. Man muß die an anderer Stelle wiedergegebenen törichten Redensarten Severings lesen, all die lächerlichen Lamentationen, was er alles getan hätte, wenn Hindenburg ihm (!) die Macht gegeben hätte, um zu sehen, wie die preußischen „Staatsmänner" der Arbeiterschaft den Forderungen entsprochen haben, die selbst die „BBZ", wenn auch nur für ihre Leute, als Kampfregel aufstellt.

Wie sehr die Arbeiterschaft Grund hat, nicht damit zu rechnen, daß die Regierung Papen von sich aus irgend etwas zu Gunsten der Arbeiterschaft tun wird, geht unabhängig von der Behandlung der Preußen-Regierung daraus hervor, in wie frecher Art die Hugenberg-Presse im Augenblick Stimmung für den Herrenreiter-Kurs macht. In einem ihrer Presse-Reptile mit dem harmlosen Namen „Volkswirtschaftliche Correspondenz" finden wir folgende geradezu auf die Spitze getriebene Klotzigkeit:

„Es ist sehr wichtig, es ist sogar eine Lebensfrage für Staat und Volk, daß es gelingt, den Arbeitsmarkt von den fünf Millionen Krisenopfern nach und nach zu entlasten. Aber es ist weder wichtig noch eine Lebensfrage, ob die Braun und Severing in Preußen oder die Held und Schäffer in Bayern irgend wie verfassungsmäßige Bedenken haben. Zunächst muß ihnen gesagt werden, daß ihre hohen Gehälter und Bezüge aus der Steuerkraft der Wirtschaft (!) aufgebracht werden müssen, so daß schon einige Ueberlegung dazu ausreichen sollte, den Versuch der Ankurbelung der Wirtschaft nicht zu durchkreuzen. Die Braun und Held müssen sich weiter gesagt sein lassen, daß sie eigentlich nicht verfassungsmäßige Minister sind, denn die Reichsverfassung schreibt ausdrücklich vor, daß alle Länder eine freistaatliche Verfassung haben müssen, wie es auch in diesen Verfassungen der Länder geschrieben steht, daß die Minister zu ihrer Amtsführung das Vertrauen der Volksvertretung unbedingt notwendig haben. Weder Braun noch Held besitzen dies Vertrauen, denn sie begnügen sich damit, geschäftsführend zu sein, was sicher nicht im Sinne des demokratischen Parlamentarismus ist. Geschäftsführende Regierungen sind nur als Ausnahme zulässig, als Uebergang von einer Regierung zur anderen, aber keinesfalls als Dauerzustand. Wenn die Reichsregierung durch eine Vereinfachung der Verwaltung in den Spitzen eine Ersparnis an Verwaltungskosten herbeizuführen sucht, so ist das bestimmt nicht verfassungswidrig. Wenn die geschäftsführenden Minister so besorgt um die Aufrechterhaltung der Verfassung sind, so hört sich das zwar gut an, steht aber mit ihren Taten nicht in Uebereinstimmung. Zunächst hat der Staatsgerichtshof doch unmißverständlich zum Ausdruck gebracht, daß es in Preußen höchste Zeit sei, eine verfassungsmäßige Regierung zu wählen, was sich nur so auslegen läßt, daß auch der Staatsgerichtshof weder die geschäftsführende Regierung in Preußen noch die in Bayern für verfassungsmäßig hält!"

In dieser Schreibweise kommt die ganze deutschnationale Schwindeltaktik zum Ausdruck. Es ist geradezu schon Kriegsberichterstattung mit dem Schwindel als Lebensprinzip. Die Verfassungsmäßigkeit der geschäftsführenden Regierungen hat der Staatsgerichtshof nicht angezweifelt. Die hohen Gehälter Brauns und Severings durch die Hugenberg-Presse beanstanden zu lassen, ist eine besondere Gemeinheit: Es war eine der ersten Aktionen nach Hindenburgs Amtsantritt, seine Bezüge wesentlich zu erhöhen gegenüber denen, die vorher Friedrich Ebert bezogen hatte! Und Hugenberg kritisieren zu lassen, daß die Regierungen Preußens und Bayerns keine Mehrheitsregierungen sind, während Papen nur den kleinen deutschnationalen Haufen hinter sich hat. — — — Aber was nützt es, Hugenberg als einen Menschen zu behandeln, der vernünftigen Gründen zugänglich ist. Besser ist es, sich an die Parole zu halten: Auf einen groben Klotz . . .! Deshalb kann dieser Regierung von Klötzen und ihrem ebenbürtigen Anhang auch nur eine Aktion der Keile entgegengesetzt werden.

Friedrich-Ebert-Stiftung
Bibliothek

für den Verkauf ihrer Waren nach Polen keine Einfuhrscheine. Der polnische Absatzmarkt wird ihnen gesperrt, und die Folge dieser Sperrung ist Stillegung ihrer Betriebe. In vielen Fällen sind die Waren der mit deutschen Rohstoffen arbeitenden Fabriken (z. B. Oetker) in Polen beschlagnahmt worden.

3.

Diejenigen Kaufleute, die auf die Einfuhrkontingente verzichten und ihre Kontrolle durch polnische Beamte gestatten, können weiterhin Handel mit Polen treiben. Ihre Fakturen erhalten zu diesem Zweck einen polnischen Vermerk. Um die Abfertigung dieser Firmen zu erleichtern, hat Dr. Moczynski sie in eine Organisation zusammengefaßt, die, wenn ich richtig unterrichtet bin, identisch ist mit dem vor kurzem gegründeten „Verband zur Förderung der Danzig-Polnischen Wirtschaftsbeziehungen". Der Sitz dieses Verbandes ist Danzig.

4.

Dieser „Verband zur Förderung . . ." ist von polnischer Seite gegründet worden. Und es ist merkwürdig, daß die Telegraphen-Union in dieser Tatsache eine Gefährdung des Deutschtums in Danzig erblickt. Ist es der Telegraphen-Union nicht bekannt, daß die Danziger Handelskammer schon vor der Gründung dieses Verbandes die Initiative ergriffen und die Aufnahme in die polnische Handelskammer für Pommerellen beantragt hat? Und das nur zu dem Zweck, bei wirtschaftlichen Streitfragen eine direkte Verständigung mit der polnischen Kaufmannschaft zu erzielen.

5.

Ob nun die polnische Auffassung richtig ist, daß in Danzig verarbeitete deutsche Rohstoffe auch als Fertigwaren unter die Einfuhrkontingente fallen, ist eine strittige Frage, über die in nächster Zeit der interimistische Völkerbundskommissar Helmer Rosting entscheiden wird.

Außerdem sind wegen dieser Streitfragen drei Danziger Herren nach Warschau gefahren, um dort Verhandlungen aufzunehmen. Mit wem sie diese Verhandlungen führen wollen, habe ich nicht mit Sicherheit erfahren können. Wahrscheinlich mit den dortigen Völkerbundsliga.

6.

Der Firmenkontrolle durch polnische Beamte ist der Warenboykott, zu dem die Danziger Nazis und der polnische Westmarkenverein seiner Zeit aufgerufen haben, vorangegangen. Wer von diesen beiden Organisationen zuerst zum Boykott aufgerufen hat, läßt sich im Augenblick schwer feststellen. Jedenfalls haben die Nazis durch ihren Aufruf an die Danziger Bevölkerung: „Danziger, kauft keine Waren bei Juden und Pollacken (!)" und durch ihre nationalistischen Kundgebungen, die stets eine provokatorische Spitze gegen unseren Nachbarstaat Polen hatten, der Danziger Wirtschaft großen Schaden zugefügt. Der Senat — der unter deutschnationaler Führung steht — ist niemals mit Nachdruck gegen diese nationalistischen Exzesse vorgegangen. Während der Pfingstfeiertage weilte der VDA (Verein für das Deutschtum im Ausland) in Danzig. Bei seinem Demonstrationszug durch die Straßen Danzigs sangen Schüler unter der Aufsicht ihrer Lehrer u. a.: „. . . Und kommt der Feind ins Land hinein, Und sollt's der Pollack (!) selber sein . . .!"

Durch solche Vorgänge fühlt Polen sich brüskiert und ergreift Gegenmaßnahmen. Unter dem Druck dieser Verhältnisse, unter denen die Danziger Wirtschaft leidet, hat der Senat endlich seine Politik revidiert. Daß das eine ehrliche Gesinnungsänderung der deutschnationalen Kreise bedeutet, ist leider zu bezweifeln. Die Nazis, die bis zur Kursänderung den Senat unterstützten, sind inzwischen in die „nationale Opposition" gegangen."

•

Wir überlassen es unseren Lesern, die beiden Berichte mit einander zu vergleichen und ihre Konsequenzen daraus zu ziehen.

Der Danziger Senat hat sich bei dem diplomatischen Vertreter Polens in Danzig, Dr. Papée, darüber beklagt, daß Danziger Waren nur mit der Einfuhrgenehmigung polnischer Beamten nach Polen hereingelassen werden. Der Senat behauptet, diese Regelung widerspreche dem polnisch-Danziger Wirtschaftsabkommen.

•

Der polnische Verkehrsminister hat verordnet, daß ab 1. Dezember 1932 auf den Danziger Eisenbahnen, die unter polnischer Verwaltung stehen, nur noch der polnische Zloty in Zahlung genommen wird.

Koalitionsregierung in Estland.

Nach einer Regierungskrise, die fast einen Monat lang dauerte, ist es dem Führer des rechten Flügels der Agrarpartei, Paets, gelungen, eine Koalitionsregierung zu bilden, in der neben den Reaktionären der Agrarpartei sowohl der rechte, als auch der linke Flügel der Sozialdemokraten vertreten ist.

Beim Wort genommen.

Die Klagen eines spanischen Großgrundbesitzers auf die Probe gestellt.

In den spanischen Cortes ereignete sich vor einigen Tagen ein lustiger Zwischenfall.

Der Großgrundbesitzer Lamamié de Clairac, der Führer der oppositionellen Agrarpartei ist, versuchte, die Leiden, die die Cortes seinen Klassengenossen durch die Erhöhung der Landarbeiterlöhne zufügte, den anwesenden Parlamentariern durch folgenden Ausruf klarzumachen:

„Ich bin bereit, meine Güter jedem abzutreten, der unter den heutigen Verhältnissen das Risiko auf sich nehmen will, sie zu bewirtschaften!"

Statt dem Vertreter der durch die Revolution schwer geschädigten Herrenkaste nun sein tiefstes Beileid auszusprechen, rief der junge republikanische Abgeordnete Perez Madrigal: „Abgemacht, ich nehme an!" „Herr Präsident, Sie sind Zeuge! Ich nehme das Angebot an", fügte er hinzu, als die Abgeordneten sich betroffen ansahen.

Kammerpräsident Baeteiro: „Ich bin doch kein Notar."

Der Agrarier: „Euer Hochwohlgeboren werden sich ruinieren!"

Madrigal: „Ich bin schon ruiniert. Bedenken Sie, daß sie vor den Sekretären und dem Präsidenten der Kammer ein Versprechen gemacht haben."

Lamamié: „Ich bleibe dabei. Ich überlasse meinen Grund . . ."

Madrigal: „Wieso Ihren Grund? Ich denke, der gehört mir!"

Abgeordneter: (Nach der Sitzung) „Ich hoffe bald den Termin zu hören, wann die Angelegenheit vor dem Notar geordnet werden kann!"

Der Agrarier antwortet ihm lächelnd: „Seien Sie nicht naiv. Ich gebe nichts ab."

Madrigal nimmt den Fall ernster, als Lamamié es selbst nach dieser Debatte angenommen hatte. Er hat die Ueberschreibung der Güter beim Gericht beantragt. Als der Großgrundbesitzer den Journalisten auseinanderzusetzen versuchte, daß solch ein Besitzwechsel gar nicht so einfach vor sich gehen könne, meinte der gerade hinzukommende Madrigal gelassen, daß von Einschränkungen gar nicht mehr die Rede sein könne. Er wolle das Land bewirtschaften und beweisen, daß man auch bei den hohen Landarbeiterlöhnen noch Geschäfte machen könne. Den Gewinn wolle er für wohltätige Zwecke verwenden. Er habe schon Aufwendungen für die Uebernahme der Güter gemacht, da er nicht einen Augenblick bezweifelt habe, daß

ein Aristokrat, der doch traditioneller Verfechter ritterlicher Anschauungen sei, sein Wort nicht brechen würde.

Damit ließ er Lamamié stehen.

Die Juristen meinen, daß Madrigal gut mit der Sache durchkommen könne!

Eine gute Lektion für die Herren Junker!

Rüstungen und „Abrüstungen".

Internationaler Waffenhandel.

Europa und USA versorgen die Erde mit Kanonen.

Da die Abrüstungskonferenz sich auch mit dem internationalen Waffenhandel zu befassen hat, hat das Sekretariat der Konferenz ein statistisches Jahrbuch über diesen Handel herausgegeben, das mit seinen ausführlichen Angaben bis zum Jahr 1929 geht und für die nächsten Jahre einige Ergänzungsziffern enthält.

Im Jahr 1929 wurde 87 Prozent des gesamten Waffenexports und 94 Prozent der Munitionslieferungen von acht Ländern gestellt. Der Waffenexport (die meist noch größeren Munitionslieferungen sind nicht mitberechnet) betrug 1929:

in	Millionen Dollar:
Großbritannien	21,7
USA	10,7
Frankreich	9,3
Italien	3,7
Schweden	3,2
Tschechoslowakei	3,1
Belgien	3,0
Niederlande	2,7

Die Haupteinfuhrländer in diesem Jahr:

in	Millionen Dollar:
Indien	4,0
Persien	3,0
Mexiko	2,5
China	2,4
Chile	2,0
Japan	1,6
Peru	1,3

Wie die gegenüber den Ausfuhrzahlen geringen Einfuhrzahlen zeigen, breitet sich der aus verhältnismäßig wenigen Ländern kommende Waffenstrom weit über die Erde aus. Fast jedes Land ist an der Einfuhr interessiert.

Seit 1929 ist dank der Krise auch dieser Handel stark zurückgegangen. Im ersten Halbjahr 1932 betrug der Gesamtexport 15,1 Millionen Dollar, gegen 27 Millionen Dollar in den gleichen Monaten 1930 und — wie sich aus den gemachten Angaben errechnen läßt — gegen gut 32 Millionen für ein halbes Jahr von 1929.

Diese Zahlen erfassen nur den offiziell zugelassenen Waffenhandel. Der — gerade in diesem Jahr an der deutschen Westküste besonders starke — Waffenschmuggel ist nicht mit erfaßt.

Die Rüstungsindustrie ist neutral!

Die japanischen Behörden haben in Kobe eine Geheimorganisation entdeckt, die die chinesischen Freischärler in der Mandschurei mit Waffen und Munition aus Japan versorgt. Im Laufe von zwei Monaten sollen 50 000 Revolver an die Aufständischen geliefert worden sein.

Das japanische Kriegsbudget.

Im Kriegsjahr 1931/32 hat die Unterhaltung der japanischen Armee in der Mandschurei 171 Millionen Mark gekostet. Im Budget für das kommende Jahr sind 200 Millionen Mark hierfür eingesetzt worden. Das japanische Kriegsministerium beabsichtigt eine Verstärkung der Luftstreitkräfte um ein Drittel. Außerdem werden zwei Fliegerschulen geschaffen werden, in denen gleichzeitig 700 Mann ausgebildet werden können!

Die Vier-Mächte-Konferenz taucht wieder auf!

Deutschlands Aufrüstung wahrscheinlich.

H. M. Die verhältnismäßig günstige Aufnahme, die der französische Sicherheitsplan in der Welt gefunden hat, scheint in Paris eine angenehme Ueberraschung hervorgerufen zu haben. Die regierungsfreundlichen Zeitungen berichten mit Befriedigung über die Pressekommentare des Auslandes und versuchen, die darin vorgebrachten Einwände zu widerlegen. Der „Temps" bestätigt die in Deutschland geäußerte Ansicht,

daß in dem Plan der Grundsatz der Gleichberechtigung anerkannt wird.

Das reaktionäre „Echo de Paris" ist durch die wohlwollende Haltung der deutschen Presse gegenüber dem Herriot-Plan so irritiert worden, daß es dem Plan gegenüber jetzt starkes Mißtrauen bekundet und erklärt, er müsse als Gefahr für die französische Militärmacht bekämpft werden.

Herriot scheint angesichts dieser Lage wieder die Hoffnung zu haben, sich noch vor den Verhandlungen der Abrüstungskonferenz, die sich mit dem Plan erst gegen Ende November beschäftigen wird, mit Deutschland über die Gleichberechtigungsfrage einigen zu können, sodaß Deutschland noch vor Beginn der Verhandlungen zur Abrüstungskonferenz zurückkehrt. Es wird davon gesprochen, daß zu diesem Zweck die schon totgeglaubte Vier-Mächte-Konferenz einberufen werden wird, auf der die theoretische Seite der deutschen Gleichberechtigungsforderung auf Grund des französischen Planes erörtert werden sollte. Die deutsche Regierung ist solchen Verhandlungen nicht abgeneigt, will sich aber mit der theoretischen Erörterung nicht zufrieden geben, wenn die sich daraus ergebenden praktischen Fragen nicht gleichzeitig geklärt würden. Wenn die Verhandlungen auf der Vier-Mächte-Konferenz sich auf die Frage der Umorganisierung des deutschen Heeres beschränken und nicht auf dem Gebiet der Sicherung der Grenzen stecken bleiben, sind gewisse Voraussetzungen für eine deutsch-französische Verständigung gegeben, allerdings auf der Basis einer Aufrüstung Deutschlands, die ja durch die Einführung der Militärdienstpflicht bedingt wäre.

Internationale Rundfrage über die Rüstungsindustrie.

Der Präsident der Abrüstungskonferenz, Henderson, hat an alle auf der Konferenz vertretenen Regierungen folgenden Fragebogen gesandt, dessen Beantwortung vor Ende des Jahres er erbittet:

1. Wird eine besondere Erlaubnis verlangt für die Zwecke der Herstellung von Waffen und Kriegsgeräten?

2. Welche Unternehmen befassen sich in Ihrem Lande mit der Herstellung von Waffen, die mit dem Abrüstungsentwurf von 1929 in Verbindung mit der Ueberwachung der Herstellung erwähnt sind. Sind die Unternehmen Staatseigentum? Werden sie staatlich unterstützt? Stehen sie unter Aufsicht des Staates oder sind sie rein privat?

3. Wie waren die Verkäufe der Gesamterzeugnisse (ausgedrückt in Hundertsätzen und Gewichtswert) zwischen ausländischen Märkten und einheimischen Märkten in den Jahren 1927 bis 1931?

Generäle gegen Staatsmänner.

Als Herriot seinen Sicherheitsplan dem französischen Generalstab unterbreitete, erhob dieser Einspruch gegen die von Herriot vorgeschlagenen Maßnahmen. General Weygand drohte damals mit seinem Rücktritt. Wer von beiden, der Staatsmann oder der General, in diesem Streit nachgegeben hat, ist unbekannt; jedenfalls war Herriot in der Lage, die Grundzüge seines Planes am vorigen Freitag der Oeffentlichkeit vorzulegen.

Ein ähnlicher Kampf scheint sich augenblicklich in England abzuspielen. Wie wir gestern schon berichteten, sind die mit dem Rüstungswesen betrauten Minister gegen die Abrüstung, jedenfalls in bezug auf Land- und Luftstreitkräfte. Dagegen hält es der englische Außenminister für unerläßlich, in Genf für die Abrüstung einzutreten. Der Streit über diese Frage hat Simon veranlaßt, vorläufig nicht, wie ursprünglich vorgesehen, nach Genf zu reisen. An seiner Stelle wird der Unterstaatssekretär im Außenministerium Eden die englische Regierung auf der Bürositzung der Abrüstungskonferenz vertreten.

Genfer Verzögerungspolitik.

Entscheidung über die Mandschurei wieder um Monate verschoben.

Die außerordentliche Ratstagung des Völkerbundes, die sich mit dem mandschurischen Konflikt zu beschäftigen hat, ist auf den 21. November verschoben worden. Im Anschluß an die Ratstagung wird der für den Konflikt eingesetzte Neunzehner-Ausschuß zusammentreten, der die Vollmacht hat, mit den Parteien zu verhandeln und der dann der Vollversammlung Bericht erstatten wird. Die außerordentliche Vollversammlung, die die endgültigen Entscheidungen über den chinesisch-japanischen Streit zu fällen hat, wird erst im Januar zusammentreten.

Während also die japanische Regierung immer mehr Truppen nach der Mandschurei entsendet, schiebt der Völkerbund die Entscheidung über die Mandschurei um weitere vier Monate hinaus. Dann kann sie vielleicht feststellen, daß auch die Provinz Jehol zu der Mandschurei gehört!

Fortsetzung des japanischen Eroberungskrieges.

Am 31. Oktober ist die Stadt Tschaogan in der Provinz Jehol von einer Gruppe schwerer japanischer Bombenflugzeuge beschossen worden. Dabei wurden 24 Personen, darunter drei Kinder, getötet.

Die Vorbereitung der Weltwirtschaftskonferenz.

Der Sachverständigenausschuß für die Vorbereitung der Weltwirtschaftskonferenz ist am Montag zusammengetreten. Es wurde beschlossen, zwei Hauptausschüsse zu bilden: für Handelspolitik und für Finanzpolitik. Der eine wird wahrscheinlich über die deutschen Kontingentierungen verhandeln, außerdem über die Stützungsfonds für Getreide, deren Gründung in Stresa beschlossen worden ist. Der Finanzausschuß wird sich mit den Voraussetzungen für die Aufrechterhaltung der Goldwährung beschäftigen.

Die internationale Handelskammer in Paris und das internationale Landwirtschaftsinstitut in Rom sind aufgefordert worden, Vertreter zu den Verhandlungen zu entsenden.

Die Einladungen zu der Konferenz sind bereits verschickt worden, allerdings noch ohne Angabe des Datums.

SP-Presse im Dienst der Reichswehr.

Der besonders eindrucksvolle Zapfenstreich.

F. K. Vor einigen Tagen ging das Heulen einer Sirene über die schöne Gartenstadt Göttingen. Erschreckt sahen sich die Menschen an, denn dies Heulen klang schaurig. Was soll das bedeuten? fragte einer den andern. Gasalarm! Von der Johanniskirche kam statt der Botschaft der christlichen Nächstenliebe die Botschaft des nahenden Menschenmordens, des nächsten Krieges.

Erinnerungen wurden in mir wach: in Gedanken sah ich wieder zerfetzte Leiber, Kameraden, die sich tot gekotzt hatten, sich das Bajonett in die Rippen stoßende christliche Brüder, Massengräber mit Tausenden von Erlöserkreuzen. Ich fühlte, daß Menschen am Werke sind, die statt Arbeit und Brot den Menschen Elend und Tod bringen. Aber ein Trost überkam mich: noch ist es nicht so weit, die sozialistische Arbeiterschaft ist ja gegen den Krieg. Nie wieder Krieg! Krieg dem Kriege! war der Ruf der Erlösung von diesem Uebel.

Daß in dem Kampf gegen Nationalismus und Krieg die SPD keine zuverlässige Kampforganisation ist, ist im „Funken" wiederholt geschrieben. Kautschuk-Politik nach allen Richtungen ist das Auszeichnende dieser Partei. Man ist international, aber natürlich *auch* national; man ist gegen den Krieg, aber natürlich *auch* für die Verteidigung des Vaterlandes.

Nur so ist es zu verstehen, daß das sozialdemokratische Göttinger „Volksblatt" in seinen Spalten für ein großes Waffen-Sportfest der Reichswehr Propaganda machen konnte. An zweiter Stelle, im lokalen Teil, fordert das Blatt seine Leser zum Besuch dieses Waffen-Sportfestes auf. Es heißt u. a. in dem Artikel:

„Wie der Name (Waffen-Sportfest) schon sagt, handelt es sich nicht um ein sonst übliches Sportfest mit leichtathletischen Vorführungen, vielmehr will das Bataillon den erstmaligen Versuch machen, weitesten Kreisen der Bevölkerung die praktische Nutzanwendung des Sports für die militärische Ausbildung zu zeigen. Diese Veranstaltung wird gerade bei der Jugend größtes Interesse finden. Darüber hinaus aber werden zwei Kompanien des Bataillons ein Gefecht von 1914 und ein modernes Gefecht im Gelände zur Darstellung bringen. Die Kraftfahrabteilung aus Kassel wird sich mit Motorradvorführungen und Kampfwagenatrappen beteiligen. Patrouillenritte, Nachrichtenstaffeln, Fliegerbeschuß, Meldehundvorführungen, Schützenstaffeln und 1. M.G.-Hindernisläufe geben ein anschauliches Bild von der vielseitigen Tätigkeit des heutigen Soldaten. Den Abschluß bildet der große Zapfenstreich. Zwar ist er den Göttingern kein ungewohntes Ereignis, aber in dieser Umgebung wird er besonders eindrucksvoll sein."

Das sozialdemokratische Blatt stellt sich also in den Dienst der Wehrhaftmachung Deutschlands, es tritt damit praktisch für die Ziele der Barone und Faschisten ein, die Wehrpflicht wieder einzuführen und den nationalen Wehrwillen zu stärken. Die Pflicht eines Sozialisten ist es, diese Politik bloßzustellen, um zu verhindern, daß die Arbeiterschaft wieder in ein zweites 1914 hineinschliddert.

„Welch Unterschied gegen früher!"

Der Heeresbericht, den der dienstbeflissene SP-Schreiber verfaßte, sieht (gekürzt!) so aus:

„Das Waffensportfest wurde programmäßig straff durchgeführt. Zuerst hielt eine Schützenstaffel die Zuschauer in Bann. Als ganz besondere Leistung ist der Gepäckmarsch zu bewerten, der große Anstrengungen erforderte. Meldehunde, die selbständig Kabel legten, erregten großes Interesse. Drei Kraftradfahrer zeigten akrobatische Uebungen, u. a. freihändig stehend sogar zu dritt auf einem fahrenden Kraftrade. Ein M-G-Begleitzug, der durch schneidiges Instellunggehen den Gefechtswert verstärkt. Der Clou der ganzen Veranstaltung war die Vorführung eines Gefechts aus 1914 und 1932. Früher trat die Truppe in geschlossenen Formationen zum Kampfe an, wogegen jetzt der Angriff in tiefer Staffelung durch Unterstützung aller neuzeitlichen Großkampffahrzeuge erfolgt. Nur Nachbildungen waren gestern zu sehen, da uns (!) keine Raupentanks gestattet sind. — — —

. . . fand das Fest durch den großen Zapfenstreich sein Ende. Die Vorführungen machten einen prächtigen Eindruck und zeigten hohes Können der Truppen. Die Zuschauer zogen vergnügt unter den Klängen der Musik mit der Truppe beim Fackelschein heimwärts.

Am Sonnabend nachmittag hatte man Gelegenheit, die Unterkunftsräume unseres Bataillons zu besichtigen. Man darf feststellen: Welch Unterschied gegen früher! Schon das zeigt, wie die Republik im Gegensatz zu dem früheren Staat für ihre Soldaten besorgt ist. Hoffentlich bleibt das immer so."

Severing wirbt für Liste 3 — auf seine Art.

Was er getan hätte, wenn er . . .!

Severing sprach in Frankfurt-Main. An die Adresse Papens sagte er: „Ich warne dringend, den Bogen allzu straff zu spannen, er könnte springen!" (Severings Sorge!)

„Ich bereue auch heute noch keineswegs, daß wir Hindenburg gewählt haben; denn ohne den 10. April hätten wir den 13. August nicht erlebt." (Ein Präsident wie etwa Löbe hätte also Hitler nicht nach Hause schicken können?)

„Herr von Papen hat am Sonnabend in Gegenwart des preußischen Ministerpräsidenten Braun erklärt, daß heute die Ordnung weniger gesichert sei, als am 20. Juli. Wenn ich bei dieser Unterredung dabei gewesen wäre, hätte ich dem Herrn Reichspräsidenten vorgeschlagen, sich nach einem Reichsoberkommissar umzusehen, der die Aufgabe hätte, Herrn von Papen abzusetzen. Als Reichsinnenminister hätte ich eine Reichsreform, und zwar viel systematischer durchgeführt, wenn ich nur ein Quäntchen der Vollmachten gehabt hätte, die der Reichspräsident Herrn von Papen zur Verfügung gestellt hat." (Sollte das etwa Severings Spekulation gewesen sein, als er Herrn von Gayl die Einsetzung eines Reichskommissars empfahl mit den Worten: „Warten Sie nicht mehr lange!"?)

Vom Nationalsozialismus zum Nationalbolschewismus!

Eine Gefahr für den Sozialismus.

K. O. Paetel, einer derjenigen, die seinerzeit mit Otto Straßer und Hauptmann Stennes die NSDAP verließen, beschäftigt sich merkwürdiger Weise in dem linksstehenden „Tagebuch" (Nr. 41 vom 8. Oktober) mit all den Gruppen, die aus Unzufriedenheit über den zunehmenden kapitalistischen Geist innerhalb der NSDAP sich von dieser abgespalten haben.

Auch die „Frankfurter Zeitung" (Nr. 808, vom 28. Oktober) beschäftigt sich in einem längeren Leitartikel mit diesem aufkommenden „Nationalbolschewismus". Zwar will sie die Beunruhigung noch nicht recht zugeben, die ihr als kapitalistisch orientiertem Blatt diese antikapitalistischen rechtsradikalen Gruppen bereiten. Immerhin betont sie aber, daß man die nationalbolschewistischen Organisationen, in denen sich auch der wandlungsfähige ehemalige Vorsitzende der Arbeiter- und Soldatenräte der bayerischen Räterepublik, Ernst Niekisch, befindet, nicht unbeachtet lassen dürfe.

Uns erscheinen diese Organisationen allerdings aus einem anderen Grunde beachtlich. Paetel schreibt nämlich:

„Der revolutionäre Nationalismus . . . muß Partei nehmen. Das heißt eindeutig da als Kampfgenosse stehen, wo die Anti-Versailler Kraft steht und da, wo die Formationen stehen, die das sozialistische Vaterland von morgen sein werden. Er gehört also an die Seite der KPD, dahin, wo für die Arbeit, für die Nation (!), für den Sozialismus gekämpft wird, dahin, wo der Klassenkampf bejaht wird als Weg zur Revolution. . . .

Die nationalrevolutionären Gruppen haben die Aufgabe, Sammelpunkt der sich in Kampfgemeinschaft mit der marxistischen KPD bildenden Front derjenigen Revolutionäre und Sozialisten zu sein, die als Nichtmaterialisten sich zur Nation als letztem Wert bekennen, die zur radikalen Umwälzung bereit sind, weil nur sie die Vorbedingungen schafft für die Wiedererlangung der nationalen Unabhängigkeit."

Auch ohne den ausdrücklichen Hinweis Paetels an jene Vorgänge zu Abschluß der Inflationsperiode würden wir durch die von Paetel angeschlagenen Töne wieder an jene verworrene Zeit erinnert, in der Karl Radek in einer nationalistischen Broschüre Schlageter verherrlichte und der Nazi-Graf Reventlow sich mit Leitartikeln in der „Roten Fahne" produzieren konnte.

Wenn die neuen Annäherungsversuche nur von der einen Seite ausgingen, brauchte man sie ja nicht sonderlich ernst zu nehmen. Im Zusammenhang aber sowohl mit den von Leipart in Bernau angeschlagenen nationalen Tönen als auch mit den nationalistischen Tendenzen innerhalb der KPD, die sich wieder in ihrem Wahlaufruf zeigen, scheint es uns notwendig, die Ausführungen Paetels doch ernster zu nehmen. Wenn nicht schon jetzt die noch nicht nationalistisch verseuchten Arbeiter mit aller Kraft den Anfängen wehren, könnte leicht vergessen werden, daß es jenen Nationalbolschewisten nach den eigenen Worten ihres Vertreters auf die radikale Umwälzung nur ankommt, um damit die Vorbedingungen einer nationalistischen Erhebung zu schaffen. Mit aller Kraft muß deshalb jeder besonnene Arbeiter sich gegen eine solche „Einheitsfront" stemmen. H. Lm.

KP-Kundgebung im Sportpalast.

R. H. Am Dienstag, dem 1. November, fand im Berliner Sportpalast eine überfüllte Wahlkundgebung der KPD statt. Den Hauptanziehungspunkt sollte die Rede Ernst Thälmanns bilden, der am Abend vorher illegaler Weise in Paris vor Mitgliedern der KPF und vor französischen Arbeitern gesprochen hatte. Da Thälmann erst gegen 10.30 Uhr eintraf, leitete eine lange politische Rede des Genossen Ulbricht die Kundgebung ein. Als Thälmann endlich eintraf, wurde er mit großem Beifall empfangen.

Die Zuhörer waren vorwiegend Arbeiter aus den Betrieben, Erwerbslose und Intellektuelle. Viele BVG-Arbeiter in Uniform waren unter der Menge zu erblicken. Bewunderungswürdig ist die Kampfentschlossenheit und Energie dieser Arbeiter, die Sorgen und Entbehrungen zum großen Teil körperlich geschwächt haben, deren geistige Kraft und Kampfwille aber ungebrochen sind. Diese Kraft hat ihre Hauptwurzel in der Klassenkampfidee der Marxschen Lehre. Diese Idee der Klassensolidarität läßt die Arbeiter hoffentlich ohne nennenswerten Schaden die augenblickliche Taktik der KP überstehen, die glaubt, wie die Thälmann-Rede wieder bewies, durch Anleihen beim Nationalismus ihre Wahlgeschäfte besser betreiben zu können als durch reine, internationale und antinationale Klassenpolitik. Bemerkenswert ist, daß auch die KP in diesem Wahlkampf nicht ohne das Wort „Einheitsfront" auskommt, so wenig wie die SP, und daß Ausführungen über die Einheitsfront unter den Arbeitern noch immer und immer wieder ehrlichen und besonders lebhaften Beifall finden.

Meicher macht Schleichersche Außenpolitik.

Das „Andere Deutschland"

ist am Dienstag wegen eines Artikels von Ströbel in der Nummer vom 8. Oktober verboten worden, und zwar für die zulässige Höchstdauer von sechs Monaten. Der beanstandete Artikel kritisiert die Politik der deutschen Regierung in der Rüstungsfrage.

BRUNO GLUCHOWSKI

KOHLEN-KULIS

REVOLTE AN DER RUHR (19)

COPYRIGHT 1932 BY FACKELREITER-VERLAG G. M. B. H., BERLIN W 15

Der Doktor kann ihm keine Antwort darauf geben, ist in dieser Beziehung nicht schlauer als er auch. Dann kommt wieder ein Amputierter, hat den rechten Arm weg. War erst 'ne ganze kleine Sache gewesen, hat sich an einem Brett verletzt. Aber da waren rostige Nägel dran. Er hat nicht darauf geachtet, und da hat sich dann 'ne Blutvergiftung gebildet. Der nächste ist auch wieder 'n Todeskandidat. Ist den Stapel runtergefallen und liegt die ganze Zeit ohne Besinnung. Ist auch kein Junger mehr, wird schon bald sechzig. Mit seinem Nachbar sieht's auch nicht besser aus. Für den wär der Tod 'ne Erlösung. Ein Kohlenbrocken ist ihm ins Kreuz geschlagen, hat die Wirbelsäule verletzt. Nun wird er zeitlebens gelähmt bleiben. Kröger, der neben ihm liegt, hat vier Zehen vom rechten Fuß weg. Ein Steinwagen ist ihm draufgeschlagen. Maretzki hat den linken Arm weg, wär fast verblutet. Bei dem haben sie Blutübertragung machen müssen, sonst wär er hops gegangen. Hat in einem Ueberhau gearbeitet in Revier VI, Nachtschicht. Mit einmal fängst's an zu bollern und zu krachen, fällt ein Bruch. Er schnell über die Rutsche gesprungen, aber da hat's ihn schon geschnappt. Eine dicke Steinplatte schlägt ihm den Arm, der über dem scharfen Rutschenblech liegt, glatt ab. Das ist ein Fall, gerade so wie der von Steiger Rahnsdorf. Der kam zu Schicht aus dem Bau gelaufen, springt auf den Korb, als schon das Auf-Signal gegeben ist. Er kommt nicht ganz drauf, der rechte Arm wird ihm aus dem Schultergelenk gerissen. Da konnt man ihn nun nicht abbinden, und so ist er verblutet, ehe er noch zutage war. Auf der anderen Seite liegt ein Maschinist, den sie vorgestern eingeliefert haben. Beim Füllen der Lokomotive ist von der Preßluftleitung ein Ventil abgesprungen, und das alles schlug ihm mit ungeheuerer Wucht vor den Leib. Seine Gedärme sind kaputt, er wird wohl morgen nicht mehr leben. Die nächsten drei sind auch fertig, reif für die Leichenkammer. Drei Heizer aus dem Kesselhaus, wo ein Dampfrohr undicht geworden ist und sie verbrüht hat. Die haben sich nicht schlecht gequält. Die Haut, alles in Fetzen, und ein Blase neben der anderen, so groß wie Kinderluftballons. Wenn ich Doktor wär, ich würde jedem eine Spritze geben, daß er möglichst schnell hinüberkommt. Zu hoffen ist bei denen doch nischt mehr."

„Mensch, hör auf", unterbricht Jupp den Erzählenden. „Das kann man ja nich mit anhören, da wird einem ja schlecht bei."

„Recht hast du, Kumpel, schön ist das ja alles nicht. Aber sie sollten mal alle die Leute hier reinbringen, die immer so 'n dämliches Zeug quatschen und in der Zeitung schreiben, von wegen der Kumpel verdient das meiste Geld und hat so 'n schönes Leben und so 'ne kurze Arbeitszeit. Die soll'n sich man hier die Leute ansch'n, die auf ein' einzigen Pütt in ein paar Tage verunglückt sind. Dann werden sie vielleicht mal anders denken und sich überlegen, was das überhaupt heißt, Bergmann zu sein. Für sie wär das hier der beste Anschauungsunterricht, oder noch besser, sie soll'n mal seh'n, wie so 'n Kumpel eingeliefert wird in seinen dreckigen Arbeitsklamotten, die mit Schweiß und Blut durchsetzt sind. Dann werden sie sich wohl mal besinnen, ehe sie wieder auf den Kumpel schimpfen, der immer neue Lohnforderungen stellt und den Hals nich vollkriegen kann."

„Hast recht, Junge, hast recht. Aber kümmert sich ja doch keiner um den Kumpel, und hilft ihm keiner, wenn er sich nicht selber hilft."

Das Gespräch der beiden wird abgebrochen, die Brüder kommen und bringen das Abendessen, wobei ihnen die Kranken helfen, die laufen können. Viele von den Bettlägerigen müssen gefüttert werden wie kleine Kinder, und die Kumpels tun es gern. Nach dem Essen bringt man Matuschek hereingefahren. Ein Mensch mit vor Schmerzen verzerrten Gesichtszügen, in dessen grauem Bart die Tränen schimmern und der von Essen und Trinken nichts wissen will.

Das Abendessen ist beendet, das Geschirr wird herausgetragen. Ein Getrappel von vielen Füßen auf dem Flur, ein Glockenzeichen, dem Stille folgt. Monoton klingt die Stimme des vorbetenden Bruders, der die Abendandacht hält, während die anderen Brüder und viele Kranken im Chor das Vaterunser und Avemaria beten. Der Gesang eines Kirchenliedes folgt, dann wieder das Getrappel vieler, auseinander laufender Füße. Willi Breuer, der neunzehnjährige Einbeinige, unterhält sich noch eine Weile mit Jupp Strugalski, am Bett Rafajczak sitzen die Skatspieler. Wenzel verdrückt sich die dritte Portion, die Leichterkrankten begeben sich zu Bett, die Schwerkranken schlafen oder stöhnen.

Das Licht wird ausgedreht, die Nacht bricht herein über den Krankensaal. Aber Ruhe kehrt nicht ein. In körperlichen und seelischen Schmerzen winden sich die Opfer der Grube auf ihren Lagerstätten, suchen im Schlaf Vergessen und können ihn doch zum größten Teil nicht finden. Am anderen Morgen stehen Wandschirme um die Betten von zwei der Verbrühten. Die Kumpels wissen Bescheid, die Toten werden in die Leichenkammer oder, wie man hier pietätlos sagt, Speckkammer gebracht und ihre Betten frisch bezogen, um neue Verunglückte von Zeche Rhenania aufnehmen zu können. Die lassen denn auch nicht lange warten, der eine kommt am Vormittag, der andere am Abend. Nie steht ein Bett länger als einen oder höchstens zwei Tage leer, dafür sorgt schon die mörderische Grube.

Ein Kumpel ist verunglückt, liegt als halber Krüppel im Krankenhaus. Was wird danach gefragt, Menschenleben sind ja so billig. Weiter rauchen die Schornsteine, weiter rotieren die Seilscheiben auf dem Förderturm, weiter sausen die Förderkörbe mit leeren Wagen in die Tiefe des Schachts und mit vollen Wagen wieder herauf zutage.

Weiter geht das Leben in der Grube, in der Kolonie und im Ledigenheim seinen Gang. (Fortsetzung folgt.)

Proteste der Ausgebeuteten.

Streikberichte.

Streikerfolg in Düsseldorf. Die Belegschaft der Nagelfabrik D r e u s c h e in Düsseldorf hat durch einen vierzehntägigen Streik einen Lohnabbau abgewehrt. Der Unternehmer muß die zehnprozentige Zulage über den Tarif weiter zahlen und darf keine Maßregelungen vornehmen.

Erfolgreicher Streik der Notstandsarbeiter in Büdingen. Die streikenden Notstandsarbeiter in Büdingen in Oberhessen setzten die Weiterzahlung des alten Lohnes zuzüglich einer Wasserzulage durch. Außerdem werden sie als Tiefbauarbeiter anerkannt.

Streikbeschluß zwingt Unternehmer. Die Zwirkerinnen der Tüllfabrik F l ö h a A G in Plaue in Sachsen beschlossen in einer Abteilungsversammlung die Ablehnung des Lohnabbaus auf Grund der Notverordnung. Darauf wurde eine Liste für den Kampf gegen den Lohnabbau aufgelegt, in die sich alle Arbeiterinnen einzeichneten. Diese Kampfentschlossenheit bewog die Betriebsleitung zur Zurückziehung ihrer Lohnraubpläne. Gleichzeitig wurden einige betriebliche Forderungen angenommen.

*

Beendigung des Textilkonflikts in Forst. Wie wir berichteten, hatten die Unternehmer vor, wegen eines Streiks der Textilarbeiter der Firma H e n s e l und Co. in Forst 10 000 Textilarbeiter ab 5. November auszusperren. In Verhandlungen haben inzwischen die Freien Gewerkschaften eine Vereinbarung getroffen, die von den Gewerkschaftsmitgliedern der Belegschaft von H e n s e l und Co. angenommen wurde. Auf Grund dieser Vereinbarung wird am Donnerstag die Arbeit wieder aufgenommen. Die angedrohte Aussperrung ist damit hinfällig.

Die Belegschaft des Werkes Brunsbüttelkoog der Kali-Chemie AG in Hamburg sprach sich mit 120 gegen 47 Stimmen für die Wiederaufnahme der Arbeit aus. Der Betrieb ist wieder aufgenommen worden.

Die näheren Bedingungen der Wiederaufnahme der Arbeit sind uns nicht bekannt, über den Erfolg des Streiks kann daher noch nichts gesagt werden.

Ausdehnung des Spinnerstreiks.

Am zweiten Streiktag in Lancashire waren fast alle Spinnereibetriebe, auch die meisten derjenigen, die keine Lohnkürzung vorgenommen haben, geschlossen.

Neue Streiks.

1000 Arbeitsdienstwillige legen die Arbeit nieder! Etwa tausend im Altonaer freiwilligen Arbeitdienst Beschäftigte haben die Arbeit niedergelegt, weil nach den neuen Reichsbestimmungen die von der Stadt bewilligte Sonderzulage von täglich einer Mark nicht mehr bezahlt werden soll. Dieser Betrag sollte ein Ausgleich für den erhöhten Aufwand für Fahrgelder u. s. w. sein, da die Arbeiten zum Teil außerhalb der Stadt durchgeführt werden und die Arbeitsdienstfreiwilligen in der Stadt wohnen.

Streik am Staubecken Sersno. Die etwa 600 Mann starke Belegschaft am Staubecken Sersno in Oberschlesien ist am 29. Oktober erneut in den Streik getreten wegen einer verschleierten Lohnkürzung (es sollte in die achtstündige Arbeitszeit eine unbezahlte einstündige Pause eingelegt werden). Bereits vor einigen Tagen hatte die Belegschaft durch Streik die Maßregelung eines Kollegen verhindert und die achtstündige Arbeitszeit erkämpft.

Streik der Berliner Maßschuhmacher. Am Dienstag traten die Berliner Maßschuhmacher geschlossen in den Streik, um einen geplanten Lohnabbau zu verhindern. Es wurde eine Streikleitung gewählt, in der Kollegen der Freien Gewerkschaften und der RGO sind.

Streik bei den Gummiwerken Roland AG, Bremen.

W. H. Der mit dem Fabrikarbeiterverband abgeschlossene Lohntarif lief am 26. Oktober ab. Die Direktion hatte die Absicht, einen zehnprozentigen Lohnabbau vorzunehmen. In einer Betriebsversammlung, die zu den Lohnabbauplänen der Direktion Stellung nahm, sprachen sich 78 von 84 anwesenden Belegschaftsmitgliedern für die Aufnahme des Abwehrkampfes aus. Die Direktion versuchte daraufhin, durch ein Kompromiß die Kampfwilligkeit der Belegschaft zu schwächen. Sie gab durch Anschlag bekannt, daß der Lohn zunächst nur um 5 Prozent gekürzt werden sollte. In einer sofort einberufenen Belegschaftsversammlung wurde der einstimmige Beschluß gefaßt, am Sonnabend die Arbeit nicht wieder aufzunehmen. Die 109 Mann starke Belegschaft hat diesen Beschluß geschlossen durchgeführt.

Aus einer Unterhaltung mit den Streikposten habe ich den Eindruck gewonnen, daß eine ziemlich gute Streikstimmung herrscht. Die Belegschaft ist zu 100 Prozent freigewerkschaftlich organisiert; nicht ein Streikbrecher befindet sich im Betrieb.

Verhandlungen der Direktion mit dem „Stahlhelm" wegen der Einstellung von Streikbrechern haben bisher zu keinem Ergebnis geführt. Einer der Streikposten erklärte mir, daß die Einstellung von „Stahlhelm"-Streikbrechern wenig Sinn haben würde, da es sich bei der streikenden Belegschaft fast ausschließlich um Spezialarbeiter handelt, die nicht ohne weiteres ersetzt werden können. Die Direktion wird also sehr wahrscheinlich bald klein beigeben müssen.

Streik in Velbert.

L. W. Der schon im „Funken" erwähnte Streik bei der Firma A l b e r t K ü p p e r s b u s c h wird nun seit 4 Wochen mit gleicher Zielstrebigkeit gegen eine besonders krasse Ausnutzung der P a p e n schen Notverordnung geführt. Das solidarische Verhalten der ganzen Belegschaft ist vorbildlich. In einer von der Belegschaft eingerichteten Küche werden die Streikenden beköstigt. Die RGO und der DMV sammeln mit Erfolg bei der Arbeiter- und Bürgerschaft Lebensmittel und Geldunterstützungen. Verhandlungen, die am vergangenen Sonnabend erneut zwischen der Firma und der Belegschaft stattgefunden haben, werden durch das Mißtrauen der Belegschaft der Firma gegenüber erschwert. Dieses Mißtrauen ist berechtigt und zu verstehen, da die Inhaberin der Firma sich schon seit längerer Zeit bemüht hat, die organisierten Arbeiter aus dem Betrieb zu entfernen.

Trotz der großen Anzahl der Nichtorganisierten hat sich keiner zur Streikbrecherarbeit hergegeben.

Streik der Danziger Zeitungsdrucker.

Am Dienstag früh sind die Buchdrucker sämtlicher Danziger Zeitungsbetriebe in den Streik getreten, weil die Zeitungsverleger sich weigerten, die 40-Stunden-Woche bei Weiterzahlung der alten Löhne einzuführen. Bisher ist noch nicht bekannt, ob es den Unternehmern gelungen ist, die Zeitungen während des Streiks in kleinerem Umfange herauszubringen.

Vor einem Verbot der bulgarischen Arbeiterpartei.

Die Zwischenrufe, die kommunistische Abgeordnete im bulgarischen Parlament während der Eröffnungsrede des Königs gemacht haben, werden von dem bulgarischen Ministerpräsidenten M u s c h a n o f f zum Anlaß einer wüsten Hetze genommen. Er erklärte, daß für derartige Parlamentarier in der Sobranja kein Platz sei. Auf diese Erklärung hin ist mit einem baldigen Verbot der Arbeiterpartei sowie ihrer Parlamentsvertretung zu rechnen. Nachdem allerdings die Gemeindewahlen in Sofia und die kürzlich erfolgten Unruhen in einigen Teilen Bulgariens den Beweis für de starke Anhängerschaft der Arbeiterpartei geliefert haben, würden die bulgarischen Arbeiter ein Verbot der Partei wohl nicht ohne weiteres hinnehmen.

Was bringt der neue „ISK"?

Das neue Heft des „ISK", vom November 1932, macht Front gegen zwei der größten Gefahren, die der Arbeiterschaft heute drohen: Gegen die internationale Gefahr des Krieges, die durch den Kampf um die Rüstungen und das dabei hochgepeitschte Mißtrauen zwischen den Staaten — vor allem zwischen Deutschland und seinen Nachbarn — immer dringlicher wird, und gegen die Justiz der Sondergerichte, die in Deutschland bereitsteht, Arbeiterempörung im Zuchthaus zu ersticken.

Der Aufsatz von G r e t e H e r m a n n: „Gleichberechtigung und Sicherheit", hat sich die Aufgabe gestellt, „Vorurteile zu besiegen". Er nimmt den Kampf gegen den Wahnsinn der Rüstungspolitik dadurch auf, daß er den Heiligenschein nationaler Schlagworte zerstört, der aus Mordinstrumenten die Hüter der „nationalen Ehre" macht, und die Bereitschaft, um dieser sogenannten Ehre willen alle Ansätze zu einem vernünftigen Verkehr von neuem im Chaos eines Krieges untergehen zu lassen, umdichtet in den Willen zur Verteidigung von Freiheit und Recht.

Der nationalistische Nebel, der von derartigen Vorurteilen ausgeht und die Vorbereitung künftiger Massenmorde den Blicken zu entziehen droht, macht sich selbst in der Arbeiterpresse breit — das ist die größte Gefahr, vor der wir hier stehen. Ihr entgegenzutreten, ist die eine Aufgabe des neuen „ISK".

In dem zweiten Aufsatz des Heftes: „Verhalten von Sozialisten vor Polizei und Gerichten", legt N o r a B l o c k auf Grund ihrer Erfahrungen vor Gericht die wichtigsten Schutz-Vorschriften dar für Arbeiter, die unter die Räder der politischen Justiz von heute geraten oder geraten können — und wer könnte das nicht? Beispiele aus der Praxis machen die Regeln lebendig und ihre Zweckmäßigkeit einleuchtend. Das W i s s e n um sie ist nötig, damit Genossen vor den Gerichten ihre Verteidigung als „ein Stück des großen allgemeinen revolutionären Kampfes" führen können. Wegen dieses Aufsatzes ist es nützlich, das Heft zur Hand zu haben.

Wieder blutige Zusammenstöße in London.

Die Führer des Hungermarsches der Erwerbslosen haben angesichts der Weigerung des Unterhauses, eine Delegation der Erwerbslosen zu empfangen, zur „Stürmung des Parlaments" aufgerufen. Bei den Versuchen der Arbeiter, die Bannmeile zu übertreten, kam es zu blutigen Zusammenstößen mit der Polizei. Um die Menge, die sich am N e l s o n-Denkmal am Trafalgar Square angesammelt hatte, zu zerstreuen, sprengte die berittene Polizei im Galopp die Stufen des Denkmals hinauf, während sie mit Gummiknüppeln auf die Menge einschlug.

Insgesamt wurden 30 Personen verletzt und 50 verhaftet. Unter den Verhafteten befindet sich der Führer des Hungermarsches, H a n n i n g t o n, der eine Woche in Untersuchungshaft gehalten werden wird, und so an der weiteren Führung des Hungermarsches verhindert wird.

Die Polizei stellte in der Zentrale der Arbeitslosenbewegung [illegible] schen Verfahren, gewichtweise Beschlagnahmungen vorzunehmen — fünf Zentner Schriften beschlagnahmt wurden.

Wahlsieg der Labour Party.

Am Dienstag fanden in England und Wales Neuwahlen für etwa 300 Stadträte statt. Die Labour Party gewann 20 Sitze, während die Konservativen 13 Sitze, und die Liberalen 1 Sitz verloren. — Ein Wahlsieg der Labour Party, der mehr als durch ihre eigenen Taten durch die Mißerfolge ihrer Gegner zu erklären ist!

BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke" vom .... ab zum Preise von monatlich 2.— RM zuzüglich Bestellgeld.

....

Name Ort

....

Straße und Hausnummer

Bitte ausgefüllt Ihrem Briefträger übergeben oder — mit 4 Pf. frankiert — an den Verlag senden: IVA, Berlin S 14, Inselstr. 8a.

Dampfer gestrandet.

Der russische Kohlendampfer „Stalin", auf dem sich außer der Besatzung 126 russische Bergleute mit ihren Frauen befinden, die auf dem Wege nach der Kohlensiedlung Coalbay im Eisfjord unterwegs sind, ist zwischen Archangels und Spitzbergen auf dem Eisfjord gestrandet. Ein Bergungsdampfer, der zur Rettung der Besatzung ausgefahren ist, kann erst nach zwei Tagen die Unglücksstelle erreichen. Wenn bis dahin ein Sturm ausbricht, so ist das Schiff rettungslos verloren.

*

An der Chilenischen Küste strandete ein mit 50 Arbeitern besetztes Dampfboot. 15 Personen sind dabei ertrunken.

Groß-Haushaltungen, Gemeinschaften, Landheime, Ferien-Lager, Schulen u. s. w. erhalten

Reform-Nahrungsmittel
zu Ausnahme-Preisen

Bitte, Sonder-Liste anfordern!

FRISCHKOST - REFORMHAUS
Magdeburg
O. v. Guerickestraße 104

Oberhemdenstoffe, Tricoline, Flanelle, Oxfords
günstige Posten Maccotuch kauft man gut und billig bei
Kurt Levy,
Berlin O 112, Scharnweberstr. 16/17

Bereits 80 Mark genügen!
Und Sie erhalten einen hochwertigen **Maßanzug**
aus erstklassigem Stoff,
mit bestem Futter,
in sorgfältiger Maßarbeit.
Preisänderungen nach oben und auch noch nach unten, je nach Stoffqualität. Machen Sie bitte einen Versuch!
R. Schönheit, MAGDEBURG, jetzt Johannisbergstr. 10, I.

BERLIN
DIE KAMERA
Unter den Linden 14 — A 1 Jäger 2987
Ab 28. Oktober:
Die off. Uraufführung des Sowkino-Films:
„Waldmenschen"
Regie: Alex Litwinow.
Beiprogramm: Uraufführung „Diamanten", Neue Fassung Fischinger Nr. 8, „Riesen des Urwaldes", „Das Gesicht des Tieres".
Anfangszeiten: 15. 17. 19 und 21 Uhr.

Freunde und Leser des „Funken"!
Unterstützt Eure Zeitung!
Werbt Abonnenten! Sammelt Anzeigen! Bevorzugt bei Einkäufen unsere Inserenten!

Was tust Du
für die Einheitsfront der Arbeiterklasse? — Wenn Du schon kein Redner und Agitator bist, verwende wenigstens bei jeder Gelegenheit **Klebemarken** mit dem Einheitszeichen. — Bestelle die Klebemarken noch heute bei der
Buchdruckerei Oscar Wettig, Gelnhausen, Hessen-N.
Es kosten bei Voreinsendung des Betrages: 100 Stück 50 Pfennige, 1000 Stück 3,— Mark. — Zusendung unter Nachnahme zuzüglich 30 Pf. Nachnahmegebühr.

Für den Befreiungskampf des Proletariats
ist besonders in der heutigen Situation weitgehend eine Neuorientierung in den grundsätzlichen und taktischen Fragen notwendig.

„Ohne revolutionäre Theorie keine revolutionäre Praxis!"

Wer die Schriften kennenlernen will, in denen die Theorie niedergelegt worden ist, auf der der ISK seine politische Arbeit aufbaut, der fordere zunächst die unentgeltliche Zusendung des neuen Verzeichnisses unserer politischen Schriften.

Verlag „Öffentliches Leben", Berlin S 14, Inselstraße 8a. Postscheckkonto: Berlin 31342.

Das Reichsinnenministerium über die „Zusatzstimmen".

Amtlich wird mitgeteilt, daß durch das System der Zusatzstimmen keine Entrechtung der Arbeitslosen geplant sei. Es handelt sich nach den Vorschlägen der Regierung um die Gewährung einer Zusatzstimme an diejenigen Männer oder Frauen, denen die Sorge für die Ernährung einer Familie selbstverantwortlich obliege. Es sei dabei völlig gleichgültig, ob ein Familienernährer, Mann oder Frau, seinen Unterhalt durch Arbeit erwerbe oder unterstützt werde. Es komme allein auf die Tatsache an, daß jemand außer sich auch noch für ein oder mehrere Kinder zu sorgen habe. Wenn der Mann tot ist, gehe diese Zusatzstimme ohne weiteres auf die Frau über. Wenn die Kinder heranwachsen und Selbstverdiener werden, werde trotzdem die Stimme nicht entzogen.

*

Es handelt sich danach also wirklich nicht um eine Entrechtung der Erwerbslosen, sondern der Ledigen. Daß diese durch die bloße Produktivität der anderen im Erzeugen von Kindern benachteiligt werden sollen, schreit zum Himmel; denn durch Junggesellensteuer und die sozialen Zulagen der Väter für jedes ihrer Kinder, sind die Ledigen sowieso schon benachteiligt. Wer Kinder hat, soll sie nicht von den Ledigen mit unterhalten lassen.

*

Eine weitere völlig unzulässige Benachteiligung erfahren diejenigen, die nicht am Kriege teilgenommen haben. Dazu heißt es übrigens noch: Der Begriff des Kriegsteilnehmers werde später noch umrissen. Es werde aber schon jetzt angekündigt, daß der Begriff Kriegsteilnehmer nicht kleinlich ausgelegt werden solle. Ein Kriegsteilnehmer, der gleichfalls Familienvater sei, solle *zwei* Zusatzstimmen erhalten.

*

Vielleicht entschließt man sich, schon die als Kriegsteilnehmer zu bezeichnen, die mit dem Maul aus der Etappe oder aus der Heimat teilgenommen haben. Dann kann z. B. auch der Heimkrieger Frick oder Goebbels eine Zusatzstimme erhalten.

Die Einfuhr von Körben steigt.

t. Auch in Kopenhagen hat, wie vorauszusehen, die Tomaten-Kommission kein Glück gehabt; sie wird also mit einer stattlichen Anzahl von Körben zu ihrem Chef zurückkehren!

Ueber die Verhandlungen in Kopenhagen wird etwa folgendes bekanntgegeben: Die deutsche Delegation hat die Absichten ihrer Regierung dargelegt; die dänischen Vertreter haben ihre Bedenken mitgeteilt; die deutsche Delegation wird nun ihrer Regierung über Verlauf und Ergebnis der Aussprache Bericht erstatten.

Falls die Delegation ihre Reise noch weiter ausdehnen sollte, raten wir, aus Gründen der Rationalisierung, diesen Text für alle Besuche im voraus festzulegen. Wie wir hören, ist sie aber bereits auf dem Heimweg. Da Körbe — und gar amtliche Körbe! — noch nicht kontingentiert sind, wird sie an der Grenze keine Schwierigkeiten haben.

Politischer Terror und politische Justiz.

Zusammenstöße.

Schwere Schlägerei in Berlin. In der Nacht vom 1. November kam es im Südosten Berlins, Ecke Kraut- und Kleine Andreasstraße, zu einem Zusammenstoß von Nationalsozialisten mit Kommunisten, wobei etwa zehn Schüsse fielen. Die Kämpfenden wurden vom Ueberfallkommando getrennt, das dabei ebenfalls schoß. Der Kommunist Neumann wurde so schwer verletzt, daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Außerdem erhielten noch drei Nationalsozialisten Verletzungen. Die Polizei nahm einige Verhaftungen vor.

Zweites Todesopfer der Hamburger Zusammenstöße vom Sonntag. Der bei den blutigen Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten am Sonntag durch Kopfschuß schwer verletzte Kommunist Borowski ist gestorben. — Die Hamburger Polizei gab inzwischen einen Bericht heraus, der eindeutig die Schuld der Nazis an den Ueberfällen in der Wendenstraße feststellt. Es fielen der Polizei mehrere Pistolen, feststehende Messer und Hiebwaffen in die Hände, die von den Nationalsozialisten an Ort und Stelle fortgeworfen worden waren. Es wurde weiter festgestellt, daß in dem fraglichen Trupp, der geschossen hatte, marschierende Nazis Schußwaffen in einen der Zeugmeisterei der NSDAP gehörenden Kraftwagen warfen, welcher dicht an den Trupp herangefahren war. Der Wagen fuhr dann mit rasender Geschwindigkeit davon!

Zusammenstöße in Bremen. Am Montag abend schlugen sich Nationalsozialisten mit Kommunisten in der westlichen Vorstadt von Bremen. Ein Nazi wurde verletzt, ein angeblicher Kommunist verhaftet.

Störung einer deutschnationalen Versammlung durch NS. In Kiel störten die Nazis durch organisiertes Klatschen die Wahlrede eines deutschnationalen Abgeordneten. Als dieser fragte, warum sie ihre Störungen nicht in marxistische Versammlungen verlegten (!), warfen die Nazis mit Gläsern und verletzten den Versammlungsleiter im Gesicht.

Um die Arbeitsmöglichkeiten der politischen Verteidiger.

Der Kampf gegen den Verteidiger Litten,

wenigstens der Ausschluß Littens von der Verteidigung im Felseneck-Prozeß, hat jetzt die Sanktion durch das Kammergericht erfahren: es hat den Ausschluß mit der Begründung bestätigt, daß Litten der Begünstigung verdächtig sei, und daß er außerdem als Zeuge im Prozeß vernommen werden müsse.

Es handelt sich hier um einen grundsätzlich bedeutungsvollen Angriff auf die Arbeitsmöglichkeiten linker Verteidiger in politischen Prozessen. Bei Staatsanwälten, wie dem im Berliner Kommunistenprozeß blamierten, besteht das natürliche Interesse, der Verteidigung die Möglichkeiten zur Aufdeckung der Wahrheit zu beschneiden. Das System, das durch die Aktion gegen Litten Brauch zu werden droht, sieht so aus: spricht ein Verteidiger eingehend mit den Zeugen, sucht er weitere Zeugen u. s. w., um gegenüber der einseitigen Arbeit der Staatsanwaltschaft die Wahrheit herauszuarbeiten, so findet sich leicht jemand, der diesen Verteidiger verdächtigt, er beeinflusse die Zeugen in der Richtung, die Wahrheit zu Gunsten der Angeklagten zu fälschen; dann erhebt sich die Frage der Zuverlässigkeit dieser Zeugen, und zur Klärung *dieser* Frage wird es dann als notwendig bezeichnet, den Verteidiger über seine Gespräche mit den Zeugen selber als Zeuge zu vernehmen, womit dann der Vorwand gegeben wäre, zu verfahren, wie es in der Begründung der Kammergerichts-Entscheidung gegen Litten zum Ausdruck kommt.

Nachdem im Fall Litten jetzt die höchste gerichtliche Entscheidung getroffen worden ist, sollten nicht nur die proletarischen Hilfsorganisationen, sondern darüber hinaus alle Juristen, die an der *Wahrheits*findung in politischen Prozessen interessiert sind, Schritte gegen die hier drohende Gefahr ergreifen.

Blamierter Nazi-Richter!

Wegen seiner nationalsozialistischen Justiz ist das Schöffengericht Frankfurt-Oder mehrfach hervorgetreten. Zwei seiner hahnebüchensten Urteile sind jetzt in der Berufungsverhandlung von der Großen Strafkammer in Frankfurt-Oder aufgehoben worden.

Erster Fall (Januar 1932): Gefängnisstrafen für „Reichsbanner"-Leute, die sich gegen Nazis zur Wehr gesetzt hatten; die Nazis hatten in einer SPD-Versammlung eine Schlägerei angezettelt. Die Große Strafkammer

billigte dem „Reichsbanner" in diesem Fall Kollektiv-Notwehr zu, weil die Nazis angegriffen hatten.

Zweiter Fall (Ende August): ein bis drei Monate Gefängnis für „Reichsbanner"-Leute „wegen Waffenmißbrauchs", weil sie mit Erlaubnis des zuständigen Polizeikommissars als „Symbol-Gruppe" gelegentlich eines „Reichsbanner"-Treffens ein paar Mistgabeln mitgeführt hatten.

Mit 3 Jahren Zuchthaus

hat der fünfte Strafsenat des Reichsgerichts einen früheren Matrosen der Reichsmarine bestraft, der vor ein bis zwei Jahren militärische Mitteilungen und Dokumente an einen von ihm nicht genannten kommunistischen Abgeordneten gegeben haben soll.

Erdachtes und Erlauschtes.

Papen und Jung.

Der „Bayerische Kurier", das Münchener Blatt der Bayerischen Volkspartei, hat eine schöne Entdeckung gemacht. Er hat die Stilblüten aus der Papenschen Rede, die dieser am 12. Oktober 1932 in München vor den dortigen Industriellen gehalten hat, gegenübergestellt einem Aufsatz, den Edgar J. Jung in der „Deutschen Rundschau" geschrieben hat. Dabei zeigt sich:

Papen:

„Er (der Nationalsozialismus) hat den Anspruch erhoben (auf den Kanzlerposten. Die Red.) aus dem Prinzip der ‚Totalität', der ‚Ausschließlichkeit' heraus, dem seine Partei huldigt."

*

„Die Nation fordert von einer Bewegung, die die nationale innere und äußere Freiheit auf ihre Fahne geschrieben hat, daß sie in jedem Augenblick und in jeder Lage so handelt, als ob sie das geistige, soziale und politische Gewissen der Nation wäre."

*

„Ihr (der Nationalsozialisten) Grundsatz der ‚Ausschließlichkeit', des ‚Politischen Alles oder Nichts' . . . gibt ihr den Charakter einer ‚politischen Konfession'."

*

„Und eben darin sehe ich den unüberbrückbaren Unterschied zwischen einer konservativen Politik aus dem Glauben und einem nationalsozialistischen Glauben aus der Politik."

*

Jung:

„. . . allein die Verwirklichung des Anspruches auf Totalität und Ausschließlichkeit, wie er von den Nationalsozialisten erhoben wird."

*

„Das (die grundsätzliche Anerkenntnis seines Anspruchs, das Volksganze zu repräsentieren. Die Red.) will heißen, daß der Nationalsozialismus in allen Lagen so handelte, als ob er für die geistige, soziale und politische Führung und Haltung der Nation verantwortlich wäre."

*

„Denn die Ausschließlichkeit, die der Nationalsozialismus für sich geltend macht, gestattet ihm keine Gewaltenteilung. Entweder Alles oder Nichts ist die Parole."

„Diese Eigenschaften stempeln den Nationalsozialismus . . . zur Partei, und zwar . . . im Sinne einer politischen Konfession."

*

„. . . Politik aus dem Glauben, die das Wesen der konservativen Weltanschauung ausmacht und einem politischen Glauben . . . Unsere konservative Haltung erlaubt nur eine Politik aus dem Glauben, aber keinen politischen Glauben."

*

Es handelt sich bei der Zeitschrift um die Oktober-Nummer. Die Papenschen Formulierungen entstammen also fast sicher der Zeitschrift. Daß er sie selber abgeschrieben hat, ist wohl nicht wahrscheinlich; aber auch seine Hilfsarbeiter sind offenbar nicht sehr originell. — Staatsmänner, die wir haben!

Zum Wiederaufnahmeverfahren Bullerjahn,

das am 3. November vor dem Reichsgericht beginnt, veranstaltete die Liga für Menschenrechte am Dienstag in Berlin eine Pressekonferenz, in der Kurt Rosenfeld den Prozeß und die in jahrelanger Arbeit von der Verteidigung und der Liga herbeigeschafften neuen Beweismittel darstellte (vergleiche hier den eingehenden Bericht im „Funken" vom 30. Oktober).

Nachdem das Wiederaufnahmeverfahren erzwungen ist, liegt nicht mehr bei der Verteidigung die Beweislast für Bullerjahns Unschuld, sondern umgekehrt: bei der Reichsanwaltschaft liegt von neuem die volle Beweislast für eine etwaige Schuld. „Ich hoffe, daß der Beweis geführt werden wird im vollen Licht der Oeffentlichkeit" — sagte Rosenfeld. Die schwerste rechtliche Verfehlung des Prozesses sieht er darin, daß eine Person, auf deren Aussagen hin jemand verurteilt wird, dem Gericht weder vorgeführt, noch namentlich genannt, sondern lediglich von Polizei und Untersuchungsrichter vernommen worden ist.

Dieser Verstoß gegen § 188 der Strafprozeßordnung war eine Neuheit in der deutschen Strafjustiz.

Rosenfeld schloß: „Ich zweifle nicht, das Reichsgericht wird Bullerjahn freisprechen."

Das gegen den ehemaligen Berliner Polizei-Vizepräsidenten Weiß und den ehemaligen Polizeikommandeur Heimannsberg im Zusammenhang mit dem Handstreich vom 20. Juli beantragte Strafverfahren ist jetzt endlich niedergeschlagen worden.

Gegen den Kommandanten der gesunkenen „Niobe", Kapitänleutnant Ruhfus, findet am 8. November in Kiel ein kriegsgerichtliches Verfahren wegen Fahrlässigkeit im Dienst statt.

Zwei Pressestellen und die Wahrheit.

Die Wahrheitsabwehrstelle der Nazis

hat neben anderen Fälschungen ein angeblich geheimes Rundschreiben der KPD in Umlauf gesetzt, das dem Boxheimer Dokument nachgebildet ist und die Organisation eines kommunistischen Putsches, der für den 15. November geplant sei, beweisen soll. Ueber diesen Wahlschwindel berichtet

Hugenbergs Presseapparat

wie über eine ernst gemeinte Angelegenheit: „Die Nationalsozialistische Parteikorrespondenz *ist in der Lage*, ein Rundschreiben der Partei-Exekutive des Zentralkomitees . . ." usw. Gleichzeitig aber läßt Hugenberg ein ebenfalls aus nationalsozialistischer Quelle stammendes angebliches Rundschreiben des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, das diese Staatsbürger zur Wahl der Deutschnationalen Volkspartei auffordert, zurückweisen mit der Bemerkung: bei den Nazis arbeite offensichtlich eine regelrechte Fälscherzentrale. Gehen deren Produkte aber gegen die KP, so werden sie von der Hugenberg-Presse kolportiert mit der gewichtigen Einleitung: „Die Nationalsozialistische Parteikorrespondenz ist in der Lage"!

Wenn das Freidenker gewesen wären . . .!

In einer Kirche in Toulouse stürzte die Decke in zwei Meter Breite ein und die Steinmassen entluden sich auf das Mittelschiff, in dem gerade 45 Kindern Religionsunterricht erteilt wurde. 12 Kinder wurden, zum Teil sehr schwer, verletzt.

Der radikalsozialistische Parteitag.

Am Donnerstag wird der 29. Parteitag der radikalsozialistischen Partei Frankreichs in Toulouse eröffnet. Herriot wird direkt von Madrid aus, wo der Verlauf seines Besuches anscheinend weniger befriedigend war, als der stürmische Empfang an der Grenze vermuten ließ, nach Toulouse fahren und dort am Sonntag eine große politische Rede halten. Auf dem Parteitag wird es wahrscheinlich bei den Diskussionen über Abrüstung und die Senkung der Beamtengehälter zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen dem rechten Flügel der Partei, dem Herriot angehört, und dem linken Flügel, mit Bergerie und Pierre Cot, kommen.

Versammlungsstörung kann Zuchthaus einbringen.

Sprengung und Störung von Versammlungen bedeutet Hausfriedensbruch nach StGB § 123. Der Hausfriedensbruch wird allgemein mit Gefängnis oder Geldstrafe bestraft. Jetzt gilt aber die Notverordnung vom 9. August 1932, die im § 3 Ziffer 5 den Hausfriedensbruch, der aus politischen Beweggründen gemeinschaftlich mit einem anderen oder mit einer Waffe begangen wird, mit Zuchthaus bis zu 10 Jahren bestraft. Mindeststrafe ist ein Jahr Zuchthaus; mildernde Umstände sind ausgeschlossen. Der Tatbestand des Hausfriedensbruches ist gegeben, wenn die Störer sich nach erfolgter Aufforderung des Versammlungsleiters nicht entfernen. Darüber hinaus sieht die Rechtsprechung den Hausfriedensbruch vielfach auch ohne solche Aufforderung als gegeben an, wenn der Besuch der Versammlung widerrechtlich erfolgt, d. h. wenn der Täter mit der Absicht der Störung in die Versammlung gekommen ist. Der Erwerb einer Eintrittskarte ändert daran nichts.

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Hamburg: am Sonnabend, dem 5. November 1932, im Volksheim Hammerbrook, Sachsenstraße 21, kleiner Saal, um 20.15 Uhr. Thema: Demokratie — Diktatur — Führerschaft (Die Lehren der deutschen Revolution).

Freie Aussprache! Eintritt frei!

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH., Berlin S 14, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei und Verlag GmbH., Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

Demokratie — Diktatur — Führerschaft.

(Die Lehren der deutschen Revolution.)

Öffentliche Diskussion

im großen Saal der „Sophiensäle", Sophienstraße 18, am Donnerstag, dem 3. November, 20 Uhr.

Als Diskussionsredner sind bisher gemeldet:

Heinrich Brandler (KPD-O), Willi Eichler (ISK), Karl Emonts (SPD)
Hugo Urbahns (Leninbund).

Das einleitende Referat hält Maria Hodann (ISK).

Eintritt 20 Pfg.
Für Erwerbslose 10 Pfg.

Internationaler Sozialistischer Kampf-Bund.
Ortsverein Berlin.

Das schwächste Glied in der Kette.

Die deutschen Gemeinden reißen die anderen öffentlichen Körperschaften mitten in den Bankerott hinein, wenn sie — das schwächste Glied in der Kette — nicht endlich wirkliche Hilfe erhalten.

Soeben werden Zahlen darüber bekannt, die zeigen, wie gefährlich die finanzielle Schwäche der Gemeinden für das nächste Glied in der Kette, die Länder, wird. Ende Mai dieses Jahres hatten die preußischen Gemeinden 62 Millionen Mark von ihnen erhobene *Staats*steuern nicht ordnungsgemäß an die Staatskasse abgeliefert, bis Ende August stieg diese Summe auf 130 Millionen Mark. Der preußische Runderlaß vom 22. August, durch den die verantwortlichen Kassenbeamten der Gemeinden persönlich für unverzügliche und vollständige Ablieferung der Staatssteuern verantwortlich gemacht wurden und die Einsetzung eines besonderen Staatskommissars für den Fall von Verfehlungen angedroht wurde, hat, soweit man hört, keine große Wirkung gehabt.

Not kennt kein Gebot! Um nicht Wohlfahrtserwerbslosen und Beamten mit völlig leeren Händen gegenüber zu stehen, liefern die Gemeinden einfach die von ihnen einkassierten Staatssteuern an die Staatskasse nicht ab. Die Lage hat sich also so zugespitzt, daß

finanzpolitische Anarchie immer zahlreicheren einzelnen Gemeinden als das kleinere Uebel erscheint!

Wie weit sich die Gemeinden von einer geordneten Finanzwirtschaft bereits entfernt haben, sei hier durch drei Beispiele erneut gezeigt:

Der Betrag, den die Kommunen an private Lieferanten schulden, wird auf insgesamt 500 Millionen Mark geschätzt.

Die Stadt Dresden hat auf die am 1. Oktober fälligen Zinsscheine bisher erst 5 Prozent der zu zahlenden Zinsen bezahlt. Die „Frankfurter Zeitung" teilt mit, ihr werde „glaubhaft versichert, daß die Stadtverwaltung Gläubiger-Anfragen, ob und wann der Rest der Zinsschulden überwiesen werde, überhaupt nicht beantwortet".

Die Stadt Dortmund geht nach derselben Quelle noch etwas weiter: Sie hat Zinsen vom Juni noch nicht bezahlt.

Auf Mahnungen hat die Stadt Dortmund erwidert, eine Klage habe keinen Zweck, weil dadurch die Finanzlage der Stadt nicht gebessert werde.

Das alles vollzieht sich unter dem Motto: Autoritäre Staatsführung. Rpt.

Bevölkerungsbewegung in der Sowjet-Union.

Nach Angaben des Statistischen Büros der Sowjet-Union beträgt 1932 die Zahl der Einwohner 163 166 000. Sie ist damit seit der Oktober-Revolution um etwa 21 Millionen gewachsen.

Im Zuge der Industrialisierung ist die Zahl der Großstädte stark gewachsen. Von 1926 bis 1931, also innerhalb von fünf Jahren, stieg die Zahl der Großstädte mit über 100 000 Einwohnern von 31 auf 46.

Der Geburtenüberschuß in der Sowjet-Union war 1930 größer als 1913; er betrug 2 990 000 gegenüber 2 320 000 im Jahre 1913. Insbesondere ist die Sterblichkeit der Säuglinge stark zurückgegangen. Während im europäischen Rußland 1913 von 1000 Kindern im ersten Lebensjahr noch 273 Kinder starben, sank diese Ziffer bis zum Jahre 1930 auf 173, eine erfreuliche Folge der Arbeit in den Säuglings- und Kinderheimen. H.H.

SOWJET-UNION

Kohlenförderung: In den ersten neun Monaten dieses Jahres wurden 46,8 Millionen Tonnen Kohle gefördert, 19,5 Prozent mehr als in derselben Zeit des Vorjahres. Der Plan für neun Monate wurde jedoch nur zu 60,5 Prozent erfüllt; die Planerfüllung bei der mechanischen Förderung betrug nur 52,4 Prozent.

Koks: Der Plan der Kokserzeugung wurde im September zu 81,4 Prozent erfüllt.

Eisenerz: Der Plan der Eisenerzgewinnung wurde im September zu 61,5 Prozent, der Plan der Manganerzgewinnung zu 40,6 Prozent erfüllt.

Roheisen-Erzeugung: Die ersten neun Monate des Jahres brachten gegenüber demselben Abschnitt des Vorjahres eine Steigerung von 28,1 Prozent. — Die Stahl-Produktion stieg gegenüber dem Vorjahr jedoch nur um 7,3 Prozent, die Walzeisenerzeugung um 6,9 Prozent.

Erdöl: In den ersten neun Monaten des Jahres wurden 16,6 Millionen Tonnen, das heißt nur 0,5 Prozent mehr als in denselben Monaten des Vorjahres, gewonnen. Die durchschnittliche Tagesgewinnung betrug im ersten Vierteljahr 34 600 Tonnen, im zweiten Vierteljahr 35 600 Tonnen, im dritten Vierteljahr 33 100 Tonnen; Ende September sank sie auf kaum 30 000 Tonnen herab. Die Ziffern für die Planerfüllung sanken von Vierteljahr zu Vierteljahr; sie lauten: 95,4, 90,3, 71,4 Prozent.

Textil-Industrie: In den ersten neun Monaten des Jahres vergrößerte sich gegenüber derselben Zeit des Vorjahres in der Baumwoll-Industrie die Gespinst-Produktion um 16,3 Prozent, die Rohgewebe-Produktion um 9 Prozent, die Fertigwaren-Produktion um 8 Prozent. Der *Jahresplan* für 1932 wurde während der *ersten drei Vierteljahre* in folgendem Ausmaß erfüllt: Baumwollgewebe zu 67 Prozent, Wollgewebe zu 69 Prozent, Schuhwaren zu 61 Prozent.

Nahrungsmittel-Industrie: Die Konserven-Industrie steigerte ihre Produktion im September gegenüber dem August, erfüllte ihren Monatsplan aber nur zu 59 Prozent. Die Oelmühlen erfüllten im September ihren Monatsplan zu 88 Prozent, die Margarine-Fabriken zu 82 Prozent, die Seifensiedereien zu 72 Prozent.

Getreidebeschaffung: Im Oktober [illegible] in den Getreidebeschaffungen des August und September wettgemacht werden. Die erste Monatshälfte zeigte aber, daß sogar der Oktober-Plan selber kaum erfüllt werden wird; er wurde in der ersten Monatshälfte nur zu 28,6 Prozent erfüllt (in der Ukraine nur zu 15,7 Prozent!).

POLEN

360 Millionen Zloty Fehlbetrag im Staatshaushalt: Im neuen Haushaltsplan stehen 2450 Millionen Zloty Ausgaben nur 2090 Millionen Zloty Einnahmen gegenüber. Es ergibt sich also ein Fehlbetrag von rund 360 Millionen Zloty (etwa 180 Millionen Mark). Der Heereshaushalt macht mit fast 823 Millionen Zloty etwa den dritten Teil des gesamten Haushalts aus.

Eine neue Firma zur Lieferung von Unterschriften.

Die neue Firma, von der hier die Rede ist, ist eigentlich eine alte Firma: Die Reichsanleihe A.-G., die im Juli 1919 zur Stützung des Kurses der Kriegsanleihe unter Beteiligung der Reichsbank, der Preußischen Staatsbank, der Preußenkasse und nahezu aller bedeutenden deutschen Banken gegründet wurde. Diese alte Firma bekommt eine neue Aufgabe.

Ab 1. November werden die Steuergutscheine an der Börse notiert. Es handelt sich bei den Steuergutscheinen, wie mit Recht betont wird, um eine der größten Wertpapierausgaben. Ist der Höchstbetrag doch mit 2,2 Milliarden Mark festgesetzt! Es ist durchaus zu verstehen, daß das Reich die Kursbildung für die Steuergutscheine nicht allen Zufällen des Tages überlassen will. Offenbar hat sie jedoch die Absicht, den Kurs möglichst hoch zu halten. (Der Kurs für 1934 fällige Scheine war am 1. November 90%.) Eine Reihe von Banken sind zu einem Stützungskonsortium zusammengeschlossen worden. Sie werden also Steuergutscheine aufkaufen, beziehungsweise die Reichsbank wird das für sie tun. Die Bezahlung von Seiten der Banken erfolgt durch Wechsel, auf die die wiedererstandene Reichsanleihe A.-G. ihre Unterschrift setzt. Die Reichsbank will diese Wechsel dann rediskontieren.

Das Verfahren, Firmen zu gründen oder wieder erstehen zu lassen, *nur damit sie Wechsel unterschreiben*, findet in Deutschland wachsende Verbreitung! In solideren Zeiten sprach man in solchen Fällen von Wechselreiterei und Kellerwechseln. Jeder ordentliche Kaufmann sah auf solche Finanzmanöver mit Verachtung herab. —t.

Auch Steuerschuldner erhalten Steuergutscheine.

In Paragraph 7 der Verordnung des Reichspräsidenten zur „Belebung der Wirtschaft" heißt es: „Ist ein Steuerpflichtiger in dem Zeitpunkt, in dem der Anspruch auf Ausgabe eines Steuergutscheins entsteht, mit Steuern im Rückstand, so kann das Finanzamt den auszugebenden Steuergutschein zurückbehalten und als Sicherheit ... behandeln."

Als wesentlicher Vorteil des Steuergutschein-Systems wurde seinerzeit angegeben, es werde eine *beschleunigte* Zahlung der Steuern zur Folge haben. Noch vor nicht allzu langer Zeit hat wohl niemand, der die Papenheimer nicht genau kannte, es für möglich gehalten, daß zum Beispiel Industrielle, die alte Steuerschulden haben, nun so tun dürften, als ob diese Steuerschulden nicht bestünden, daß sie vielmehr bei Zahlung der nach dem 1. Oktober 1932 neu fällig gewordenen Steuern Steuergutscheine erhalten würden. So soll aber tatsächlich verfahren werden! Ein Erlaß des Reichsfinanzministers bestimmt ausdrücklich, das Zurückhaltungsrecht solle in dem eben erwähnten Fall nicht ausgeübt werden. — Befürchten die Herren, daß sonst nicht genügend von den wirtschaftsbelebenden Steuergutscheinen in den Verkehr kommen. —t.

Ruhrkohlensyndikat als Sieger.

Die Stadt Berlin hat im Jahre 1917 für 8,4 Millionen Mark sämtliche Kuxe (Anteile) der *Gewerkschaft Röchling* gekauft. Es handelt sich um 21 Kohlen-Normalfelder, etwa 1 Prozent aller Kohlenfelder im niederrheinisch-westfälischen Bergbaubezirk. Eine Aufschließung der Felder wurde gar nicht versucht. Die Abbauwürdigkeit der Felder ist überhaupt umstritten; es kommt aber schon aus finanziellen Gründen zur Zeit nicht in Frage, eine neue Schachtanlage zu bauen, die etwa 80 Millionen Mark kosten würde.

Mit einem Kaufangebot tritt nun auf den Plan das *rheinisch-westfälische Kohlensyndikat*. Es bietet 1,5 Millionen Mark, was als „angemessener Preis" bezeichnet wird. Das Kohlensyndikat besitzt bisher noch keine Kohlenfelder. Warum kauft es die Berliner Kohlenfelder? Die Begründung wird offen gegeben: Alle am Syndikat beteiligten Zechen haben ein Interesse an der Vermeidung künftigen Außenseiter-Wettbewerbs.

Die Stadt Berlin (ähnlich übrigens die Städte Köln und Frankfurt am Main, die 1927 gemeinsam die Rossenrayer Grubenfelder am linken Niederrhein für 16 Millionen Mark kauften) ist also in jeder Beziehung hereingefallen. Sie verliert, abgesehen von den Zinsen während 15 Jahren, rund 7 Millionen Mark. Ihre ursprüngliche Absicht, sich selber und vielleicht auch die übrigen Berliner Kohlenverbraucher vor Preiswucher und unzureichender Belieferung zu schützen, ist in keiner Hinsicht verwirklicht. Das Syndikat hat vielmehr jetzt eine Gelegenheit, sich für billiges Geld künftige Außenseiter vom Halse zu halten. — Ob wohl jemand von den Hereingefallenen sich nun Gedanken darüber macht, was die Kohlenverbraucher mit mehr Aussicht auf Erfolg gegen wucherische Kohlenpreise tun können? —t.

Wie große Vermögen entstehen.

Vor einiger Zeit brachte der „Funke" zu dieser Frage ein Beispiel aus Argentinien. In der „Denkschrift über die Ablösung der Berechtigten im Büdinger Walde" bringt Pfarrer Ellenberger ein Beispiel aus Deutschland, das hier kurz berichtet sei.

Der heute noch etwa 35 000 Morgen große Büdinger Wald war früher wahrscheinlich ein Reichsforst gewesen. Geschichtlich steht fest, daß Kaiser Barbarossa ihn zum Bannforst erklärte und daß nach dem Weisthum von 1380 die Einwohner der umliegenden Orte zahlreiche Rechte auf Brenn- und Nutzholz, auf Weide und Laubstreu hatten, denen nur geringfügige Gegenleistungen gegenüber standen. Beispielsweise hatte ein Brettmacher dafür, daß er die Bretter, die er tagsüber im Walde fertig gestellt hatte und die er abends nach Hause tragen durfte, im Jahr etwa 5—7 Schilling-Pfennige und 2—300 Bretter an die Förster zu zahlen. Die Grafen von Ysenburg zu Büdingen sind seit 1386 die Lehnsherren und hatten ursprünglich nur das Recht, zu jagen und 200 Schweine zur Mast in den Wald zu treiben. Die Verwaltung des Forstes lag nicht in ihren Händen.

Im Laufe der Jahre ging manches Recht der Einwohner der umliegenden Gemeinden verloren. Zum Beispiel war von dem Recht, daß für jedes neugeborene Kind ein oder zwei Wagen Holz verkauft werden durften, um der Frau „wine und schone brot" zu kaufen, vor hundert Jahren nichts mehr übrig. Andere Rechte waren für den einen Ort verloren gegangen und für den anderen nicht. Zum Teil mögen diese Rechte durch Nachlässigkeit der Berechtigten verloren gegangen sein, zum andern Teil aber auch durch List der Forstbeamten. Das beweist ein Prozeß von 1875, in dem Friedrich Weinel aus Hain-Gründau gegen die Strafe von 6 Kreuzern Einspruch erhob, die er für das Nichtverpflanzen von Stocklöchern bezahlen sollte. Hätte er gegen diese geringfügige Strafe nicht protestiert, wäre Haingründau allmählich die Pflicht erwachsen, anstelle von ausgerodeten Baumstümpfen junge Bäume zu pflanzen.

Die Rechte, die den Gemeinden verloren gingen, gewannen die Lehnsherren, die sich allmählich als alleinige Besitzer des Waldes fühlten. Und als 1805 das heilige römische Reich deutscher Nation zu bestehen aufhörte, erklärten die Grafen von Ysenburg den Wald, den sie vom Kaiser nicht mehr zu Lehen erhalten konnten, weil es keinen Kaiser mehr gab, zu ihrem Eigentum, ohne die zu dieser Zeit bestehenden Rechte der Gemeinden zu beschränken.

Teile des Büdinger Waldes wurden 1866 preußisch, und Preußen gab 1867 ein Gesetz heraus, auf Grund dessen solche Rechte in Geld abgelöst werden konnten, mit Ausnahme der Holzrechte von Kirchen, Pfarren, Küstereien und Schulen. Die Ablösung in Geld führte dazu, daß bei den steigenden Holzpreisen die zu Geldbesitzern gewordenen Gemeinden den waldbesitzenden Fürsten unterlegen waren; die Fürsten hatten nämlich durch den Verkauf von Holz an die Mitglieder der Gemeinden oft schon innerhalb weniger Jahre den Betrag der Ablösungssumme eingenommen, während die Zinsen aus den Ablösungssummen immer weniger wert wurden. Jeder eingesessene Bürger von Gelnhausen bekam auf Grund der Ablösungssumme 4 Mark Bürgergeld im Jahr. Nach der Inflation fiel auch das Bürgergeld fort.

Die berechtigten Gemeinden sahen 1876 bei der Ablösung diese Gefahr und verlangten deshalb für die Ablösung ihrer Rechte Teile des Waldes. Ihr Verlangen wurde aber abgeschlagen. Daß die Bauern in jenen Gemeinden von Nationalökonomie mehr verstanden als manche Professoren, bewiesen die nachstehenden Auszüge aus ihrer Denkschrift von 1876. Die Macht war aber auf Seiten ihrer Widersacher!

So sind im Laufe von 500 Jahren die Grafen von Ysenburg von Lehnsherren mit dem bloßen Jagdrecht zu Eigentümern des Büdinger Waldes geworden. Wer anderen alten Rechten nachspürt, wird zu ähnlichen Ergebnissen kommen. Zu verwundern ist nur, daß die Bauern, denen die Rechte von den Fürsten abgenommen wurden, heute zusammen mit diesen Fürsten in einer Front, nämlich unter dem Hakenkreuzbanner stehen.

Erich Wettig (Gelnhausen).

Die Bauern hatten alles vorhergesehen!

Wir zitieren aus der *„Denkschrift über die Ablösung der Berechtigungen im Büdinger Walde, herausgegeben auf Beschluß des von den 25 im Büdinger Walde einberechtigten Gemeinden gebildeten Ausschußes, von Pfarrer Ellenberger zu Hain-Gründau, Abgeordneten des XIII. Wahlbezirks und Deputirten der Stadt Büdingen in der Ablösungsangelegenheit des Büdinger Waldes, Meerholzer Anthelles". (Büdingen. Druck von Friedrich Schneider's Wittwe. 1876.)*

Geld ist ein schwankendes Werthmaaß, thatsächlich ist es in den letzten 10 Jahren um ca. die Hälfte im Werthe gesunken, wie Sie sich wohl Alle aus der Steigerung der Löhne, der Preise für Schuhe, Holz ec. erinnern. Doch ein Beispiel wird dies klarer stellen. Vor ca. 10 Jahren habe ich den Stecken Holz für 5 fl. (Gulden) verkauft und voriges Jahr für 11¾ fl. Nun frage ich Sie einfach, wenn vor 10 Jahren die Ablösung zu den damaligen Holzpreisen erfolgt wäre, so hätten Sie sich anno 1875 noch nicht die Hälfte des früheren Holzquantums kaufen können, also mehr als die Hälfte des Rechtes wäre rettungslos verloren gewesen. Lösen Sie nun 1876 etwa um den laufenden Preis ab, was werden Sie bei der voraussichtlich wachsenden Entwerthung des Goldes sich in 10 und 20 und unsere Nachkommen gar erst in 50 und 100 Jahren für die Renten aus den Ablösungskapitalien kaufen können, was wird übrig sein von dem heutigen werthvollen Rechte? Vielleicht noch eine dunkle Erinnerung an die früheren werthvollen Rechte, die einem jeden durch die Geburt zukamen; aber mit Erinnerung, meine Herren, heizt man bekanntlich keine warmen Stuben im Winter und kann weder damit kochen noch backen. (Seite 48.)

Oder betrachten Sie einmal die Ablösung von je 4 Metern Prügelholz in Gettenbach (s. das Nähere in der ersten Petition an die Regierung!), dessen Berechtigte jährlich nur 8¾ fl. Rente beziehen, wofür sie weder heute, noch viel weniger später 4 Meter Prügelholz zu kaufen im Stande sein werden, zumal 1875 für den Verkauf von 4 Meter Prügellooshol baar 18—21 fl. (bei Credit ist der Preis viel höher!) gelöst worden sind. (Seite 48.)

. . . daß Feinde das Capital nehmen könnten, oder daß das Geld durch Diebstahl und andere Unfälle verloren gehen könnte, will ich, als nur in den Bereich der Möglichkeiten gehörend, nur kurz erwähnen. (Seite 49.)

. . . wohin auch die restirenden 80 % der Entschädigung nach und nach gelangen werden, so hat darauf im Frankf. Journal, 1. Beilage Nr. 110, ein Correspondent aus Berlin eine kurze, aber prägnante Antwort gegeben, indem er sagte, daß, da eine große Menge von Walddörfern in ihrer wirthschaftlichen Existenz auf die Erträge ihrer Berechtigungen angewiesen wäre, bei einer Ablösung in Geld die Berechtigten mit gebundenen Händen den großen Waldeigenthümern überliefert und daß bei dem steigenden Werthe des Holzes die für die Ablösung gezahlten Summen in wenigen Jahrzehnten wieder in den Taschen der Waldbesitzer zurückgeflossen sein würden. (Seite 100.)